

# E+Z

ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

**E+Z**

DEVELOPMENT  
AND COOPERATION

**D+C**

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

Monatliches e-Paper

September 2016

**Ländlicher Raum**  
Chancen organischer  
Landwirtschaft  
südlich der Sahara

**Gender**  
Halbzeitergebnisse:  
„Frauendekade“ der  
Afrikanischen Union

**Terrorismus**  
Schlechte Unis nähren  
in Bangladesch den  
Fundamentalismus



**Ausfuhren müssen  
Entwicklung dienen**

## Schwerpunkt: Ausfuhren müssen Entwicklung dienen

### Regionale Integration

Die Mitgliedschaft in Wirtschaftsgemeinschaften zahlt sich für afrikanische Länder nicht immer aus, wie das Beispiel Ruandas zeigt. **Alfred R. Bizoza** und **Eugenia Kayitesi** vom Thinktank IPAR-Rwanda sowie **Kacana Sipangule** von PEGNet nennen die Gründe. [Seite 12](#)

### Vom freien zum fairen Handel

**Gerd Müller**, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, fordert stimmige Regeln, um nachhaltige Entwicklung auf verantwortliche Weise zu fördern. [Seite 16](#)

### „Silicon Savannah“

Die IT-Expertin **Nanjira Sambuli** erklärt im Interview, warum Nairobis junge, dynamische High-Tech-Firmen globale Vernetzung brauchen. [Seite 18](#)

### Politische Interessen

Mosambik nutzt den Außenhandel nicht, um Entwicklung voranzutreiben, schreiben **Friedrich Kaufmann**, Leiter der Auslandshandelskammer (AHK) in Maputo, und der Sozialökonom **Winfried Borowczak**. [Seite 20](#)

### Markt vor Menschenrechten

Seit dem Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik 2013 hat sich die Arbeitssicherheit in Bangladeschs Textilindustrie laut dem Autor **Nico Beckert** kaum verbessert. [Seite 23](#)

### Zweifelhafte Politik

Die Wirtschaftsjournalistin **Afshan Subohi** bezweifelt, dass Pakistans Politik den Exportrückgang stoppen kann. Und die indische Journalistin **Aditi Roy Ghatak** glaubt nicht, dass die Initiative „Make in India“ den Armen und der Gesamtwirtschaft hilft. [Seiten 26 und 28](#)

### Falsche Schwerpunkte

Laut **Christoph Kannengießer**, Hauptgeschäftsführer des Afrikavereins der deutschen Wirtschaft, müssen Geber ihren Schwerpunkt von der Armutsbekämpfung auf die Förderung privatwirtschaftlichen Engagements in Afrika verlagern. **Peter Nunnenkamp** und **Rainer Thiele** vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) fordern mehr Unterstützung in der Handelspolitik, damit Aid-for-Trade-Maßnahmen effektiver werden. [Seiten 30 und 33](#)

### Öl und Entwicklung

Ist Ölreichtum der Schlüssel zu wirtschaftlicher Entwicklung – oder behindert er sie? Der Ökonom **Nassir Djafari** analysiert die Literatur zum Thema. [Seite 35](#)

## Editorial

# Harte Strategie

➔ Zu „Exporten aus Entwicklungsländern“ fallen vielen europäischen Verbrauchern billige Kleidungsstücke aus Bangladesch und anderen Niedriglohnländern ein. Das hat damit zu tun, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure seit Jahren Aufmerksamkeit für das Schicksal ausgebeuteter Näherinnen wecken. Verbraucherentscheidungen sind auf diesem Gebiet in der Tat wichtig – aber auf andere Arten von Ausfuhren kommt es auch an.

Die Wirtschaften vieler Entwicklungsländer sind allzu sehr auf den Export von Rohstoffen ausgerichtet, was meist nicht zu breitem Wohlstand führt. Das liegt unter anderem daran, dass verarbeitete Güter eingeführt werden, die grundsätzlich teurer sind, als die ausgeführten Rohstoffe. Um zu gedeihen, muss eine Volkswirtschaft nun mal Mehrwert schaffen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Regierungsführung von Ökonomien, die auf Landwirtschaft und Bodenschätzen beruhen, oft schlecht ist, weil kleine Eliten die entscheidenden Ressourcen auf ausbeuterische Weise für sich reklamieren.

Historisch hat Industrialisierung meist mit der Textilproduktion begonnen. Dieser Wirtschaftszweig erfordert weder viel Kapital noch anspruchsvolle Fähigkeiten. Das Szenario ist aber anfangs häufig düster. Bittere Armut und brutale soziale Stratifikation haben Charles Dickens oder Friedrich Engels schon im England des 19. Jahrhunderts beobachtet.

Näherinnen arbeiten hart für wenig Geld. Die Jobs sind ihnen aber wichtig, denn ohne diese ginge es ihnen noch schlechter. Das ist so, obwohl viele Unternehmen sich nicht an Recht und Gesetz halten, was Löhne und Arbeitsschutz angeht. Leider gibt es aber in Dörfern Millionen weiterer verzweifelnder junger Frauen, die froh wären, überhaupt irgendeine Anstellung zu finden. Damit es in der Textilindustrie besser zugeht, muss sich das ganze Land entwickeln. Ob in Bangladesch oder anderswo ist deshalb der Erfolg der Textilindustrie kein Ziel an sich, sondern sollte die Grundlage für weitere Entwicklung bilden. Wenn zusätzliche Branchen heranwachsen und die Volkswirtschaft vielfältiger machen, entstehen neue Erwerbs- und Innovationsmöglichkeiten. Quellen von Wohlstand sind Quellen von Einfluss, und je mehr es davon gibt, desto schwieriger wird autoritäres Regierungsgehebe.

Diversifikation ist wichtig und theoretisch auch ohne Anschluss an den Weltmarkt denkbar. Empirisch passiert das aber nicht. Das liegt unter anderem daran, dass internationaler Austausch zu Technologietransfer führt, wobei ausländische Direktinvestitionen besonders nützlich sind. Selbst China, das bevölkerungsreichste Land, hat für die Industrialisierung und Diversifikation der Volkswirtschaft den Weltmarkt benötigt.

Die am wenigsten entwickelten Länder stehen heute vor noch größeren Herausforderungen. Ihre Märkte sind wegen geringer Bevölkerungszahlen und schwacher Kaufkraft meist sehr klein. Investitionen in Produktionskapazitäten sind aber nur dann attraktiv, wenn es auch Absatzchancen gibt. Deshalb ist regionale Integration wichtig. Je größer Märkte sind, desto mehr Chancen bieten sie – und kleine Volkswirtschaften werden von nationalen Grenzen besonders eingeeignet.

Um der Armut zu entkommen, braucht ein Land eine kluge Wirtschaftspolitik, bei der die Regierung nicht nur die Interessen der jeweiligen Elite schützt. Nötig ist aber auch der Zugang zu ausländischen und kaufkräftigen Absatzgebieten. Diese Entwicklungsstrategie ist hart, hat sich aber oft bewährt. <



**Hans Dembowski**  
ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

**Monitor**

Jugendarbeitslosigkeit ist ein großes Problem in Kenia / Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative gestartet / Studie: Umweltverbrechen finanzieren Terrorismus mit / Großer Einfluss der Medien auf das Frauenbild / Heutzutage: Kondommangel führt zu mehr HIV/Aids in Simbabwe / Impressum

**Schwerpunkt:  
Exporte müssen Entwicklung dienen**

*Alfred R. Bizoza, Eugenia Kayitesi und Kacana Sipangule*  
Regionale Integration in Afrika als Thema der diesjährigen PEGNet-Konferenz

*Gerd Müller*

Stimmige Regeln für Importe und Exporte für nachhaltige Entwicklung

*Interview mit Nanjira Sambuli*

Warum Nairobis IT-Szene globale Vernetzung braucht

*Friedrich Kaufmann und Winfried Borowczak*

Mosambik nutzt die Chance nicht, durch Außenhandel Entwicklung anzutreiben

*Nico Beckert*

Kaum Fortschritt bei Arbeitssicherheit in Bangladeschs Textilindustrie

*Afshan Subohi*

Pakistans Exporte sinken trotz anderslautender Regierungsversprechen

*Aditi Roy Ghatak*

„Make in India“ geht an den Armen vorbei

*Christoph Kannengießer*

Privatwirtschaft in Afrika unabdingbar für Entwicklung

*Peter Nunnenkamp und Rainer Thiele*

Aid for Trade fördert ärmste Länder zu wenig

*Nassir Djafari*

Ölreichtum verhindert nicht zwangsläufig eine demokratische Entwicklung

**Tribüne**

*Susanne Neubert*

Warum Ökolandbau in Subsahara-Afrika sinnvoll ist

*Rita Schäfer*

Gleichberechtigung von Frauen: Recht und Realität klaffen weit auseinander

**Debatte**

Kommentare zum Korruptionsskandal in Mosambik, zum Einfluss von Bildung auf den Terrorismus in Bangladesch, zum UNEP-Bericht über Ökoverbrechen und zum Naturschutz in Südafrika

4

12

16

18

20

23

26

28

30

33

35

38

42

44

**Tribüne**



**Recht und Realität**

Rechtlich sind Männer und Frauen heute in vielen Ländern Afrikas gleichgestellt. Doch was auf dem Papier steht, gilt oft nicht in der Realität. Das ist selbst in Südafrika so, das in vieler Hinsicht Vorreiter und Vorbild ist, stellt die Wissenschaftlerin **Rita Schäfer** fest. [Seite 42](#)

**Mehr Ökolandbau in Subsahara-Afrika**

Agrarwissenschaftler forschen daran, wie die Landwirtschaft im südlichen Afrika angekurbelt werden kann. **Susanne Neubert** vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität zu Berlin erläutert anhand der aktuellen Literatur, warum Ökolandbau für Subsahara-Afrika sinnvoll ist. [Seite 38](#)

**Debatte**



**Schuldenkrise mit Ansage**

Mosambiks jüngster Korruptionsskandal zeigt, wohin die exzessive Abhängigkeit von Rohstoffexporten führt. Noch ist Umkehr möglich, meinen die zivilgesellschaftliche Aktivistin **Gina dos Reis** und **Jürgen Kaiser** vom Entschuldungsbündnis [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de). [Seite 44](#)

# Tickende Zeitbombe

**Jugendarbeitslosigkeit ist ein riesiges Problem in Kenia, wie ein aktuelles Buch zum Thema bestätigt. Die 21 Autoren, davon 18 Kenianer, beschreiben und diskutieren die Problematik, zeigen Erwerbsmöglichkeiten auf und beschreiben, was zur Verbesserung der Situation getan werden muss. Das Buch ging aus einem Forschungsprojekt in Kenia mit deutschen und kenianischen Studenten im Jahr 2013 hervor.**

Ein Handkarren im dichtesten Stadtverkehr Nairobis – Was ist das? Ein Ärgernis für die Autofahrer. Und er ist ein Zeichen dafür, dass ein junger arbeitsloser Mann sich als Lastenträger selbständig gemacht hat. Vorher

überlebte er wahrscheinlich mit seltenen Gelegenheitsjobs. Wie viele Arbeitslose es in Kenia gibt, kann niemand genau sagen. Im Land machen die 10- bis 24-Jährigen 32 Prozent der Bevölkerung aus, die unter 35-Jährigen 78 Prozent. 800 000 Schulabgänger drängen jährlich auf den Arbeitsmarkt und finden selten eine Beschäftigung. Schätzungsweise 70 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos. Das ist ein wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches Problem.

Die Autoren des Buches „Youth unemployment in Kenya“ prangern strukturelle Hindernisse für junge Arbeitssuchende an. Sie bemängeln aber auch die persönliche Einstellung der jungen Leute zur Arbeit. Den Arbeitssuchenden fehle häufig die Fähigkeit zu kommunizieren, sie seien unzuverlässig, und sie möchten mit geringem Aufwand schnell zu Geld kommen. Das schaffe eine schlechte Voraussetzung für eine Anstellung und gar für selbständiges Unternehmertum; kurz: Es fehle an einer Arbeitsethik und an allgemeinen Fähigkeiten, die zum Leben gehören, an sogenannten life skills. Die Autoren kritisieren das kenianische Bildungssystem, das geistloses Memorieren und examenorientiertes Lernen fördere anstelle der Fähigkeit zu verstehen und selbständig, innovativ zu denken. Gerade dies sei notwendig für einen Unternehmer.

Eine grundlegende Reform des kenianischen Bildungssystems sei notwendig, finden die Autoren. Schulbildung müsse eine umfassende Erziehung für das Leben insgesamt bieten und damit auch eine angemessene Vorbereitung für das Berufsleben. Kenia hat sogenannte technical schools, die eine Berufsausbildung vermitteln sollen; aber diese Ausbildung sei kopflastig und praxisfern, urteilen die Autoren. In Europa – so der Hinweis – hätten jene Länder, die eine duale Berufsbildung durchführen, die geringste Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb wird in einem Beitrag das deutsche System der dualen Berufsbildung vorgestellt – als Anregung, nicht um es zu kopieren.

## Arbeitschancen

Auf dem afrikanischen Kontinent ist Kenia führend in der Kommunikationstechnologie (s. Interview S. 18 ff. und e-Paper E+Z/D+C 2016/06, S. 34 ff.). In diesem Bereich gibt es Arbeitsmöglichkeiten, und viele junge Universitätsabgänger streben dorthin. Aber die Chancen sind naturgemäß begrenzt. Deshalb setzen die Autoren die Hoffnung auf Programme, die junge Menschen zu einer Arbeit in der Landwirtschaft ermutigen – auch wenn sie vielleicht davor geflohen sind.

Beispielsweise gibt es ein Programm der anglikanischen Kirche in West-Kenia, wo Landwirtschaft als Geschäftsmöglichkeit (agri-business) propagiert wird. Das Programm zielt darauf, auftretende Hindernisse zu überwinden und nicht zuletzt die Alten davon zu überzeugen, dass es Zeit ist, Land zu übergeben, mit dem die Jungen wirtschaften können.

Kenia braucht unternehmerisch gesinnte Landwirte. Das Mazingira Institut in Nairobi leitet vor allem junge Frauen an, „urbane Landwirtschaft“ zu betreiben. Das bedeutet, dass kleine Hinterhöfe oder anderes Brachland innerhalb der Stadt genutzt werden, um Gemüse anzubauen oder Hühner zu halten. Die Teilnehmer an diesem Programm erhalten eine grundlegende landwirtschaftliche Ausbildung und bekommen so die Möglichkeiten, ein geringes Einkommen zu erwirtschaften.

Angesichts der verschwindend geringen Chancen, im regulären Arbeitsmarkt unterzukommen, versuchten junge Leute im informellen Sektor ein Einkommen zu finden, erklären die Autoren. Das betreffe zunächst und vor allem die Slums, die eine eigene Wirtschaftsstruktur entwickelt haben. Mit Improvisation, Kreativität und Energie würden kleine Geschäfte gegründet, die eine Familie ernähren können.

Das Mini-Restaurant an der Straßenecke unter freiem Himmel sei ein Beispiel hierfür. „Jua kali“ heißt dieser Erwerbszweig, dem beispielsweise auch Schreiner, Automechaniker und Metallberufe angehörten. Typische geldbringende Tätigkeiten in diesem Sektor sind auch der Taxi-Service auf Motorrädern (bodaboda), Straßenverkauf, Wassertransport, Sammeln und Recycling von Abfall. Das weist darauf hin, so die Autoren, dass dieser informelle Sektor eine wichtige Rolle für die Gesamtwirtschaft übernehme.

Die Abgänger von den zahlreichen Universitäten scheinen bessere Beschäftigungschancen zu haben als die Slumbewohner. Aber die Qualität ihrer Ausbildung mache dies wieder zunichte, meinen die Autoren. Denn sie seien auf den Arbeitsmarkt in keiner Weise vorbereitet. Das führe zur Frustration auf Seiten der Arbeitgeber und der jungen Leute. Zwei andere Gruppen von Jugendlichen hätten ebenfalls ihre spezifischen Probleme auf dem Arbeitsmarkt: Frauen und Behinderte. Sie seien mit Vorurteilen, die auch traditionell bedingt sind, konfrontiert. Das habe Ausbeutung und Diskriminierung zur Folge.

Die kenianische Regierung ist sich der fatalen Lage der unbeschäftigten Jugend durchaus bewusst. Das Problem steckt zum großen Teil im System; deshalb versuchen Politiker mit verschiedenen Programmen, Beschäftigung für die Jugend zu schaffen. Beispielsweise sollen junge Unternehmer bei öffentlichen Ausschreibungen besonders berücksichtigt werden. Der Staat stellt ein umfangreiches Budget zur Jugendförderung zur Verfügung. Es gibt ein Programm mit Unterstützung von UN-Habitat, das mit den sogenannten One-Stop-Zentren arbeitet. Jugendliche



Die meisten Jugendlichen in Kenia sind auf den informellen Sektor angewiesen: Markt in Nairobi, Kenia.

sollen dort durch Mitarbeit Erfahrung in der Verwaltung und als Unternehmer gewinnen; gleichzeitig erhalten sie ein Training und eine Unterstützung in mehreren Bereichen wie Gesundheit, Verwaltung, Kommunikationstechnologie, Umwelt und Lebensunterhalt. Die Autoren begrüßen die Regierungsprogramme, sie beklagen aber auch die großen bürokratischen Hindernisse, die vieles zunichte machten. Ein nationaler, gut durchdachter und koordinierter Plan für die Beschäftigung der Jugend ist in ihren Augen notwendig.

Ein Autor beklagt, dass die Jugend eine zu geringe Fürsorge für reproduktive Gesundheit erhält. Das liege hauptsächlich

an einem zu kleinen Budget hierfür, an schlecht ausgestatteten Jugendzentren und einer rückständigen Bevölkerungspolitik. Dadurch sei die Jugend den Gefahren von HIV/Aids, ungeplanten Schwangerschaften und sexuell übertragenen Krankheiten ausgesetzt. Einen positiven Lichtblick sieht ein früherer Staatssekretär im Bildungsministerium in der Möglichkeit, auf den Bedarf von hochqualifizierten Arbeitskräften in anderen Teilen der Welt mit kenianischer ausgebildeter Jugend zu reagieren. Dies mag im Augenblick jedoch futuristisch klingen; denn gerade Kenia braucht selbst gut ausgebildete Fachkräfte.

Das Buch beschreibt und diskutiert die Jugendarbeitslosigkeit in Kenia von

mehreren Seiten und nicht nur als Problem. Es verweist auch auf die kreative und unternehmerische Potenz, die in der kenianischen Jugend steckt. Das Problem ist nicht ein kenianisches, sondern eines vieler afrikanischer Staaten, das teils tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Der Handkarren im dichten Straßenverkehr Nairobis wird darum den reichen Autofahrern noch lange ein Ärgernis sein.

*Helmut Danner*

#### Literatur

Danner, H., Kerretts-Makau, M., Nebe, J. M., Hrsg., 2016: Youth unemployment in Kenya – A ticking time bomb. Nairobi: Longhorn.  
<http://www.fao.org/fsnforum/sites/default/files/discussions/contributions/Youth%20unemployment%20book.pdf>

# Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative gestartet

**Die Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative (DAJ) soll Vorurteile abbauen und zivilgesellschaftliches Engagement stärken. Sie wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Afrikanischen Union getragen und von Engagement Global koordiniert.**

In Zeiten, da Flucht und unregulierte Migration aus afrikanischen Ländern zu einem der großen Problemthemen in der Europapolitik zählen, ist es bemerkenswert, dass die Bundesregierung und die Afrikanische Union (AU) den beidseitigen Jugendaustausch stärken wollen. Die Deutsch-Afrikanische Jugendinitiative soll neue Austauschmöglichkeiten eröffnen; die Auftaktveranstaltung fand im Frühsommer in Bonn statt.

Das Konzept der DAJ ist an das Deutsch-Französische Jugendwerk angelehnt, das nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich zur deutsch-französischen Versöhnung beitrug. Die DAJ wird neben Einzelpersonen und Schulklassen auch Vereinen wie Jugendgruppen, Sportvereinen oder Musikensembles gemeinsame Treffen ermöglichen. Neu ist dabei der kontinentweite Ansatz. Zwar konzentriert sich

die Initiative zunächst auf Pilotprojekte in Benin, Südafrika und Tansania, Ziel ist es aber, bald auch weitere afrikanische Länder einzubeziehen.

„Ein Austausch ist ein hervorragender Weg, dafür zu sorgen, dass diese Welt zusammenhält“, urteilt NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Dafür sei die Jugend besonders wichtig: „Dass junge Menschen die Dinge manchmal globaler betrachten, das konnte man auch beim Brexit beobachten.“ Johanna Fischer, die als Freiwillige in Ghana gearbeitet hat, meint, allen Beteiligten sei bewusst, geworden, „dass die Welt uns alle etwas angeht“. Vor allem habe sie überrascht, wie ähnlich der Alltag in Ghana war. „Da war ganz schön viel falsch in meinem Kopf“, erinnert sie sich.

Um falsche Vorstellungen abzubauen, brauche man den Willen hinzuschauen, sagt Ministerpräsidentin Kraft. Viele Menschen wollten nur Vorurteile bestätigen, Jugendliche aber seien neugierig. „Daraus entsteht neuer Drive, den wir in weltpolitischen Fragen dringend brauchen.“

Umgekehrt tangieren aber auch weltpolitische Fragen das Austauschpro-

gramm. So war Migration von Afrika nach Europa auch bei der Auftaktveranstaltung ein Thema. „Wir haben in den letzten Jahren Tausenden Studenten aus Afrika und Indien eine Ausbildung und ein Studium in Deutschland geboten“, berichtet Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Viele davon seien nicht in ihre Länder zurückgekehrt.

AU-Kommissar Martial De-Paul Iko-unga ist für Bildung und Wissenschaft zuständig. Er sagt, die Auswanderung junger Afrikaner belaste die Volkswirtschaften ihrer Heimatländer. Gut ausgebildete junge Menschen bräuchten dringend Perspektiven in ihren eigenen Ländern und dazu könne die DAJ einen Beitrag leisten, denn sie fördere den Wissenstransfer auf beiden Seiten. So würden Know-how und technologische Kompetenzen aufgebaut.

„Wir müssen unser Wissen global teilen“, appelliert auch Minister Müller. In Sachen Klimawandel beispielsweise seien auch Länder wie Deutschland noch Entwicklungsländer.

Dass Deutschland aber auch in Flüchtlingsfragen viel von Afrika lernen könnte, verdeutlicht Catherine Fidelis Amri aus Tansania, die zurzeit als Freiwillige in Hamburg lebt. In Tansania kämen auch jeden Tag viele Flüchtlinge an, berichtet sie. Und obwohl viele davon auch in die Hauptstadt Daressalaam zögen, sei das für die Menschen dort kein Grund zur Sorge. „Die Regierung kümmert sich doch darum, dass alle versorgt sind“, berichtet sie.

„Natürlich bekommen Flüchtlinge bei uns keine Sozialhilfe“, räumt sie ein. „Und auch wir haben manchmal Probleme mit Gewalt in den Grenzregionen.“ Dennoch stehe das Thema nicht jeden Tag in den Zeitungen. „Es ist nicht gut, Menschen spüren zu lassen, dass sie anders sind.“ *Eva-Maria Verfürth*

## Link

<https://www.engagement-global.de/pressemitteilung/start-der-deutsch-afrikanischen-jugendinitiative.html>



AP-Photo/picture-alliance

Flüchtlinge aus Burundi auf dem Weg nach Tansania Ende 2015.

# Globale Gefährdung

**Umweltverbrechen tragen zur Finanzierung von Terrorismus bei und bedrohen entsprechend den Weltfrieden. Das steht in einem aktuellen Gemeinschaftsbericht des UN-Umweltprogramms (UNEP – UN Environment Programme) und Interpol. Die beiden internationalen Organisationen sprechen sich für grenzüberschreitend koordiniertes Handeln aus.**

Laut UNEP und Interpol agieren die Mafiabanden, die in Umweltverbrechen involviert sind, wie multinationale Konzerne. Sie sind gut ausgerüstet und gut informiert, und sie operieren flexibel und fokussiert zugleich. Sie sind zudem gewieft, was Wirtschaftsverbrechen wie Steuerbetrug, falsche Bilanzierung, Geldwäsche, Internetkriminalität (Hacking und Phishing/Identitätsdiebstahl), Wertpapierbetrug und so weiter angeht. Sie richten Muttergesellschaften ein, nutzen Steuerparadiise und beteiligen sich am Betrug mit CO<sub>2</sub>-Gutschriften.

UNEP und Interpol schätzen, dass illegale Holzfäller, Bergarbeiter, Wilderer und Müllbeseitiger jährliche Schäden in der Höhe von bis zu 258 Milliarden Dollar anrichten. Die Wachstumsrate liege dabei zwei bis drei Mal über der der Weltwirtschaft. Die transnationalen Verbrecherorganisationen werden als einflussreich und gut koordiniert beschrieben. Sie bestechen, drohen, nötigen, schüchtern ein und morden.

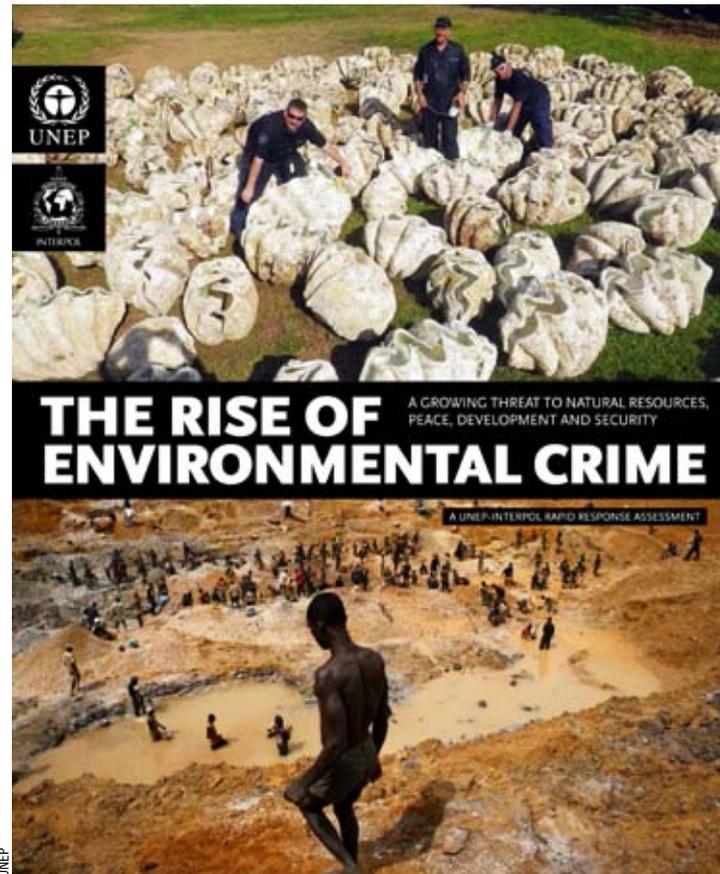
Dem Report zufolge ist zentralisiertes und koordiniertes Handeln auf nationaler wie internationaler Ebene nötig (siehe Kommentar von Erik Solheim, S.46). Zudem müsse das Verbraucherbewusstsein geweckt werden.

Die Autoren zeigen auf, dass Umweltkriminalität mit schwacher Regierungsführung zu tun hat, wie sie sich in Korruption, schlechter Durchsetzung von Gesetzen und ungenügender Gerichtsbarkeit äußert. Sie appellieren an afrikanische und asiatische Regierungen, mehr Geld für Polizei, Strafverfolgung und Gerichte bereitzustellen. Auch politische Einflussnahme, schwache Gesetze und niedrige

Beamtenmotivation machten Umweltverbrechen möglich. Dem Report zufolge belaufen sich Forstverbrechen auf bis zu 150 Milliarden Dollar im Jahr, Fischereiverbrechen auf bis zu 24 Milliarden und illegaler Bergbau auf bis zu 50 Milliarden.

Auch die Sicherheitsdimension ist wichtig. UNEP und Interpol betonen, dass bewaffnete nichtstaatliche Gruppen sich

Gewaltkonflikte terrorisieren ganze Gesellschaften und zwingen Millionen von Menschen zur Flucht. Der breiten Öffentlichkeit müssten diese Zusammenhänge klar werden, fordern UNEP und Interpol. Bislang wüssten zu viele Menschen – vor allem in den reichen Nationen – nicht, dass es um viel mehr gehe als um von Wilderern erlegte Elefanten, Nashörner und Löwen. Das Bewusstsein, dass Frieden



Studie von UNEP und Interpol: *The rise of environmental crime.*

durch Umweltkriminalität finanzieren. Es ist beispielsweise bekannt, dass die Taliban Lapislazuli verkaufen und mit der Holzmafia in Afghanistan und Pakistan zusammenarbeiten. Der aktuellen Studie zufolge treibt die illegale Ausbeutung von Naturschätzen in der Demokratischen Republik Kongo seit zwei Jahrzehnten Gewalt an. Der Handel mit Diamanten, Gold und Edelsteinen hat Bürgerkriege in verschiedenen afrikanischen Ländern angetrieben, und in Somalia stützt sich Al-Shabaab auf das illegale und umweltschädliche Geschäft mit Holzkohle.

und Sicherheit bedroht werden, müsse wachsen.

Selbstverständlich ist aber auch das herkömmliche Verständnis von Umweltverbrechen weiterhin relevant. Wilderei und illegale Abholzung sind laut des UNEP-Interpol-Berichts ebenso unakzeptabel wie die internationale Vermarktung der Ergebnisse.

*Ceciel Shiraz Raj*

**Link**

UNEP/Interpol-Report: The rise of environmental crime  
[http://unep.org/documents/itw/environmental\\_crimes.pdf](http://unep.org/documents/itw/environmental_crimes.pdf)

# Medien fördern oder bekämpfen Gewalt gegen Frauen

**Die Macht der Medien ist groß und nimmt in Zeiten der sozialen Medien noch zu. Positiv ist jedoch, wie es Filippo Grandi, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, ausdrückte, dass Journalisten die „einflussreichsten Befürworter der Menschenrechte“ sein können. Aber die Medien unterstützen oft auch Unterdrückung. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein Bereich, wo in den Medien noch viel getan werden muss.**

Beim Global Media Forum in Bonn im Sommer war eines der Themen der enorme Einfluss der Medien auf das stereotype Bild der Frau, vor allem bezüglich Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Sexistische Sprache in den Medien kann Probleme verstärken, ebenso wie Berichterstattung, die auf Stereotypen basiert. Mehrere Organisationen veranstalteten ein diesbezügliches Event, unter anderem das Netzwerk Gender@International Bonn, GIZ, die Deutsche Welle, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und das deutsche Komitee von UN Women.

In manchen Ländern ist die Lage düster. Laut UN-Statistiken sind mehr als 99 Prozent aller ägyptischen Frauen schonmal sexuell belästigt worden. Dies kommt in den ägyptischen Medien jedoch überhaupt nicht vor. Eine typische Art und Weise, über genderbasierte Gewalt zu berichten, ist, sie kleinzureden, sagt Rasha El-Ibiary, die über Massenmedien an der Future University in Ägypten lehrt. „Vergewaltigung wird als ‚sexuelle Belästigung‘ bezeichnet, und sexuelle Belästigung wird ‚flirten‘ genannt“, erklärt sie.

Laut El-Ibiary werden Frauen oft zweimal zum Opfer, weil sie angeblich an der Gewalt, die gegen sie ausgeübt wurde, selbst schuld seien. „Sogar in den Medien wird gefragt, ‚Warum war sie allein auf der Straße?‘ oder ‚Was hatte sie an?‘“, sagt El-Ibiary. „Das sind keine Einzelfälle, sondern ist Teil eines größeren sozialen Kontextes.“

Für den deutsch-libanesischen Fernsehmoderator Jaafar Abdul-Karim ist

eine patriarchale Haltung der eigentliche Grund für diese irreführende Berichterstattung. Der deutsche Autor und Aktivist Vincent-Immanuel Herr drückt es klar aus: „Medien werden von Männern kontrolliert, und sexuelle Gewalt wird von Männern gegen Frauen ausgeübt,“ erklärt er. In beiden Situationen befänden sich Männer in einer Machtposition. Aber Herr meint, dass Männer ebenso negativ vom „Gift des Sexismus“ betroffen seien, weil es den „Lebensstandard der gesamten Gesellschaft“ senke.

Herr betont, dass Männer ebenfalls „gegen die Objektifizierung von Frauen“ angehen müssten. Eine internationale Kampagne macht genau das: „He for She“, organisiert von dem UN Women Solidarity Movement for Gender Equality.

Die Rolle der Medien bezüglich genderbasierter Gewalt wird schon lange diskutiert. Artikel 8 der Inter-American Convention of Belém do Pará (1994) verpflichtet die Mitgliedsstaaten dazu, dass „die Medien Leitlinien erarbeiten, die helfen sollen, Gewalt gegen Frauen auszurotten und Respekt für die Würde der Frau bestärken“.

Dementsprechend hat der Presserat von Peru bei Berichten über Gewalt gegen Frauen ein typisches Muster identifiziert:

- Akte der Gewalt werden als Skandale präsentiert,
- der Fokus liegt auf polizeilichen Aktivitäten, und
- es gibt keine Debatte über die Gewalt als solche.

Der Presserat bemerkte außerdem, dass die Medien Frauen in der Regel nur als sexuell-visuellen Anreiz benutzen und dass es kaum weibliche Journalisten in Führungspositionen gibt.

Als Beitrag zum „Nationalen Plan gegen Gewalt gegen Frauen“ entwickelte der Presserat 2012 einige Richtlinien. Dort wird empfohlen:

- Gewalt als Menschenrechtsverletzung zu begreifen,

- Opfer zu schützen, indem beispielsweise ihre Fotos oder Namen nicht veröffentlicht werden,
- Informationen zu verbreiten, etwa Telefonnummern von Organisationen, die Opfer unterstützen,
- Täter nicht zu entschuldigen,
- die Fälle langfristig zu verfolgen und
- über Initiativen zu berichten, die genderbasierte Gewalt bekämpfen.



Indigene Frau in Cochabamba, Bolivien.

Einige Länder gehen noch weiter. Die Verfassung von Ecuador, beispielsweise, verbietet in Artikel 19 die Verbreitung von Gewalt, Diskriminierung und Sexismus in den Medien. In Bolivien, das sehr unter genderbasierter Gewalt leidet (siehe E+Z/D+C, 2015/05, S. 14 ff.), ist das Kommunikationsministerium per Gesetz verpflichtet, Kampagnen dagegen durchzuführen. *Sheila Mysorekar*

## Links

„He for She“: UN Women Solidarity Movement for Gender Equality.

<http://www.heforshe.org/en>

Global Media Forum:

<http://www.dw.com/gmf>

Consejo Consultivo de Radio y Televisión, Peru:

<http://www.concortv.gob.pe/investigacion/>

HerrundSpeer:

<http://www.herrundspeeer.eu/>

# Heutzutage: Kondommangel führt zu HIV

In den vergangenen vier Jahren litt die 23-jährige Shylet Hungwe oft unter schwerem Durchfall. Außerdem hat sie geschwollene Drüsen, Hautausschläge, leichte Grippe-symptome mit Fieber und häufig einen pochenden Kopfschmerz.

Trotz ihres schlechten Gesundheitszustands hat Hungwe nach wie vor viele Liebhaber. Sie feiert viele Nächte auf den traditionellen Festen mit selbstgebrautem Bier in ihrem Heimatdorf in der Provinz Masvingo im südöstlichen Simbabwe. Es ist durchaus üblich, dass die Teilnehmer dieser Feste sich später zu sexuellen Rendezvous treffen.

Hungwe gilt als die Dorfschönheit, aber sie ist HIV-positiv – und sehr offen damit: „Ich war ein-

mal bei einer Klinik, wo sie einen HIV-Test gemacht haben, und er war positiv“, erzählt Hungwe. Diese Klinik ist 18 Kilometer von ihrem Dorf entfernt und „nicht leicht zu erreichen“, sagt sie.

Es gibt viele Fälle von HIV in ländlichen Regionen, aber in den Dörfern ist es schwierig, an Kondome zu kommen. „Uns zu sagen, dass wir uns gegen HIV schützen sollen, ist sinnlos, wenn keine Kondome verteilt werden“, sagt Livias Chigumira, ein 49-Jähriger aus Hungwes Region. Viele Dorfbewohner haben ungeschützten Sex, was zu immer mehr HIV/Aids-Infektionen in den ländlichen Gegenden Simbabwes führt.

Laut dem größten internationalen Verteiler von Kondomen,



dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) liegt Simbabwes Kondomverbrauch höher als in jedem anderen Land der Welt, mit über 109 Millionen Kondomen, die allein 2014 genutzt wurden. UNFPA Simbabwe finanziert eine Kampagne für Kondome und sicheren Sex.

Die Wirkung in abgelegenen Gebieten ist jedoch gering. Im Distrikt von Hungwe leben 166 000 Menschen, davon sind nach Angaben des Gesundheitsministeriums 13 Prozent HIV-positiv. Weil auf dem Land Kondome oft nicht erhältlich sind, haben Menschen ungeschützten Geschlechtsverkehr.

„Viele Dorfbewohner hier wissen, dass sie HIV-positiv sind, aber sie leben weit entfernt von Krankenhäusern“, erklärt Mavis Chikotore, Vorsitzende einer örtlichen HIV/Aids-Unterstützerguppe. Durchgehende anti-retrovirale Behandlung ist ebenso wenig erhältlich

wie Kondome. Chikotores Aussagen werden von vielen Dorfvorstehern bestätigt. Sie erklären, dass HIV in den entlegenen Regionen des Landes um sich greift und zu einer humanitären Krise geworden ist.

Mehr Information über Verhütungsmittel wäre ebenfalls hilfreich. Die meisten Frauen auf dem Land haben noch nie von Kondomen für Frauen gehört. „Ich bin in diesem Dorf aufgewachsen“, erzählt Hungwe, „und ehrlich gesagt habe ich noch nie von Kondomen für Frauen gehört.“ Sie fügt hinzu, dies könne ihre HIV-Infektion erklären. Zweifelhaft ist aber, ob sie – selbst wenn sie dies gewusst hätte – an diese Kondome herangekommen wäre.

## Link

**UNFPA Simbabwe:** Condomize Campaign – Promoting Safer Sex in Zimbabwe  
<http://zimbabwe.unfpa.org/news/condomize-promoting-safer-sex-zimbabwe>

In der Kolumne „Heutzutage“ erzählen Korrespondenten aus Entwicklungsländern vom Alltag in ihrer Heimat.

**Jeffrey Moyo**

ist Journalist und lebt in Harare, Simbabwe.  
[moyajeffrey@gmail.com](mailto:moyajeffrey@gmail.com)



## Impressum

**E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit**  
57. Jg. 2016  
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.  
ISSN 2366-7249

**Herausgeberin:**  
**ENGAGEMENT GLOBAL**  
Service für Entwicklungsinitiativen



E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis,

Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsreiche englischsprachige Zwilling.

**ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH**  
Service für Entwicklungsinitiativen  
Tulpenfeld 7  
53113 Bonn  
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150  
<http://www.engagement-global.de>

**Beirat:**  
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

**Verlag:**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH

**Geschäftsführer:**  
Oliver Rohloff

**Anschrift von Verlag und Redaktion:**  
Frankenallee 71–81  
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**Redaktion:**  
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Katja Dombrowski, Sabine Balk, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth, Dagmar Wolf (Assistenz)  
Tel. (0 69) 75 01-43 66,  
Fax (0 69) 75 01-48 55,  
[euz.editor@fs-medien.de](mailto:euz.editor@fs-medien.de)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.

**Grafik und Layout:** Jan Walter Hofmann

**Übersetzung:**  
Eleonore von Bothmer, Carola Torti

**Anzeigen, Abonnements und Vertrieb:**  
Klaus Hofmann (verantwortlich)  
Tel. (0 69) 75 01-48 27  
Fax (0 69) 75 01-45 02  
[zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de](mailto:zeitschriftenvertrieb@fs-medien.de)

**Druck:**  
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

**Bezugspreise für Druckausgabe:**  
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

# Exporte müssen Entwicklung dienen





*Containerschiff im Hafen  
von Sansibar.*

Viele Entwicklungsländer führen Rohstoffe aus und Industriegüter ein. Daraus folgt fast per Definition, dass sie arm bleiben, denn ihren Exporten fehlt der Mehrwert, der ihre Importe auszeichnet. Um voranzukommen, müssen sie Industrien aufbauen und die Volkswirtschaft diversifizieren. Dafür brauchen sie stimmige wirtschaftspolitische Konzepte und Zugang zu ausländischen Märkten. Bisher waren in allen Entwicklungsländern, die Armut wirksam reduzieren und zur reichen Welt aufschließen konnten, kluge Exportstrategien wesentlich.

# Afrikanische Spaghettischüssel



**Alfred R. Bizosa**  
ist Forschungsdirektor am  
Institute of Policy Analysis and  
Research-Rwanda  
(IPAR-Rwanda) und  
Aufsichtsratsmitglied der National  
Bank of Rwanda (BNR).  
[a.bizosa@ipar-rwanda.org](mailto:a.bizosa@ipar-rwanda.org)

In Afrika gibt es acht regionale Wirtschaftsgemeinschaften (regional economic communities – RECs); dennoch lässt die regionale Integration deutlich zu wünschen übrig. Beispielsweise ist die Privatwirtschaft vielerorts noch zu wenig eingebunden.

Von Alfred R. Bizosa, Eugenia Kayitesi und Kacana Sipangule

➔ Regionale Integration lässt sich grob als Kooperation von Staaten einer begrenzten geographischen Region in wirtschaftlichen, sozialen und anderen Belangen definieren. Das international bekannteste Beispiel ist die Europäische Union. Der Leitgedanke besteht darin, dass Integration für alle Beteiligten zu größeren Märkten führt und damit zu besseren Absatzmöglichkeiten und mehr Wettbewerb, der die Leistungsfähigkeit steigert.

In Afrika gilt regionale Integration als besonders wichtig. Afrikanische Länder haben zumeist relativ wenige Einwohner, so dass die heimischen Märkte eher klein sind. Außerdem haben viele Staaten keinen Zugang zum Meer, was den Überseehandel sehr teuer macht. Auch die gemeinsame Infrastruktur ist unzureichend.

Der Prozess der regionalen Integration in Afrika begann in der Zeit nach der Unabhängigkeit, als

Staatschefs nach neuen Wegen suchten, den Kontinent zu vereinen. Heute gibt es acht regionale Wirtschaftsgemeinschaften in Afrika – jedoch mit enttäuschenden Ergebnissen. Die meisten afrikanischen Volkswirtschaften hängen immer noch vom Rohstoffexport ab und haben riesige informelle Sektoren. Bislang hat die regionale Integration noch nicht die Modernisierung und Diversifizierung gebracht, die nötig wäre, um den Handel untereinander anzukurbeln und formale Beschäftigung in verschiedenen Branchen zu erzielen.

Ruanda gehört zu den wirtschaftlichen Aufsteigern des Kontinents. Da das Land keinen Zugang zum Meer hat, klein und auch nicht übermäßig mit natürlichen Ressourcen gesegnet ist, liegt nahe, dass es in besonderem Maße von regionaler Integration profitiert. Der unübersehbare Fortschritt Ruandas beruht jedoch bislang vor allem auf einer Verbesserung des nationalen Investitionsklimas (siehe John Wesley

*Im hügeligen Ruanda ist die Bestellung der Felder eine Herausforderung.*



**Eugenia Kayitesi**  
ist Geschäftsführerin von  
IPAR-Rwanda und  
Aufsichtsratsmitglied im  
National Capacity Building  
Secretariat (NCBS).  
[e.kayitesi@ipar-rwanda.org](mailto:e.kayitesi@ipar-rwanda.org)



Kabango, E+Z/D+C 2014/12, S. 454 f.) – obwohl es Mitglied im Common Market of Eastern and Southern Africa (COMESA), der East African Community (EAC) und der Economic Community of Central African States (ECCAS) ist.

Die Vielzahl der RECs, die sich zum Teil geografisch überschneiden, ist problematisch, da jede Gemeinschaft ihre eigenen Ziele verfolgt. Aus den unterschiedlichen, sich überkreuzenden Regeln und Bestimmungen entsteht der sogenannte Spaghettischüssel-Effekt. Abhilfe soll die Tripartite Free Trade Area (TFTA) schaffen, die drei RECs unter einem Dach vereint: EAC und COMESA, denen Ruanda angehört, und die Southern African Development Community (SADC). Es ist allerdings noch zu früh, um die Auswirkung der TFTA auf intraregionale Handelsströme zu bewerten.

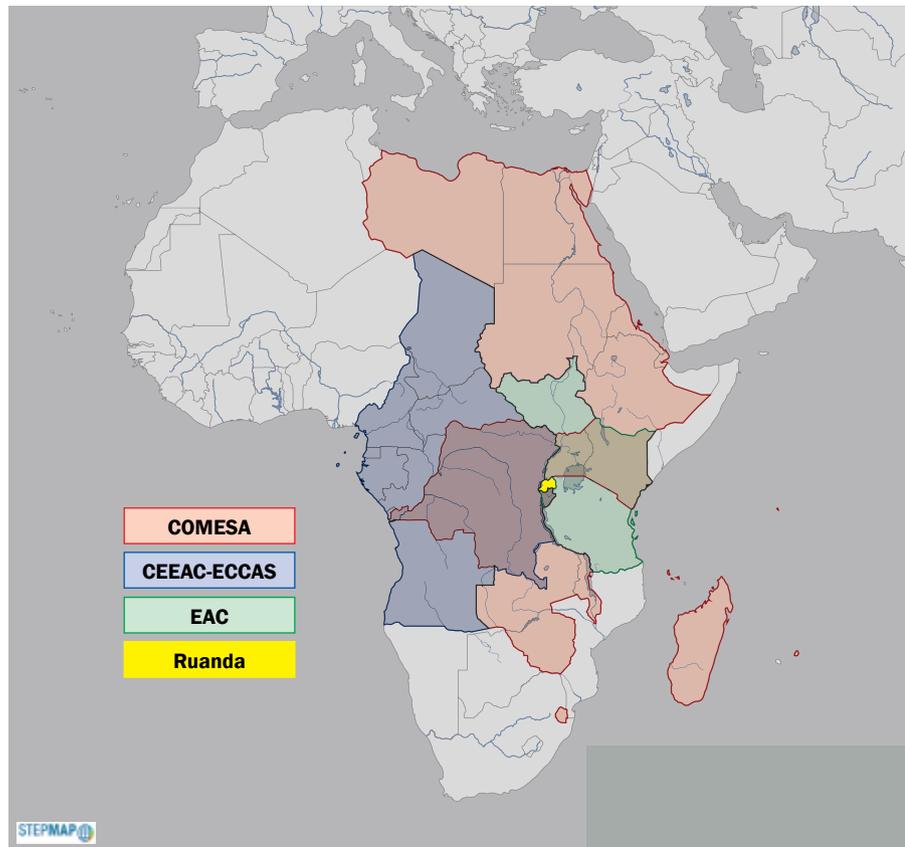
## Frustrierende Erfahrungen

Noch schwerer als die spaghettischüsselartigen Verwicklungen der Regeln wiegt ihre Nichtbeachtung. Laut dem African Regional Integration Index der Afrikanischen Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB) hält Ruanda die Regeln der RECs verhältnismäßig gut ein. Innerhalb von COMESA schneidet das Land in den Bereichen Handelsintegration, freier Personenverkehr und finanzielle und makroökonomische Integration überdurchschnittlich gut ab. In der ECCAS liegt Ruanda bei der Integration von Produktion und Handel weit vorne. Und in der EAC gehört es zu den Ländern, die freien Personenverkehr und finanzielle und makroökonomische Integration ermöglicht haben (AfDB 2016). Nur Tansania und der Südsudan müssen noch ihre Gesetze ändern, die den freien Personenverkehr behindern.

Andere Länder befolgen die Regeln jedoch weit aus weniger und unterminieren damit die positiven Effekte der regionalen Integration. Beispielsweise muss für eine erfolgreiche Handelsintegration der freie Warenverkehr gewährleistet sein. Zölle und andere Abgaben, die den intraregionalen Handel beeinflussen, müssen abgeschafft werden. Das Gleiche gilt für nichttarifäre Handelshemmnisse. Auf der anderen Seite muss eine Wirtschaftsgemeinschaft gemeinsame Außenzölle erheben.

Alle EAC-Mitglieder außer Ruanda erheben jedoch Steuern und Abgaben, die praktisch den gleichen Effekt haben wie Zölle (World Bank/East African Community Secretariat 2014). Zudem leidet die Leistungsfähigkeit der EAC darunter, dass Uganda und Tansania die Bearbeitung von Zolldokumenten verschleppen. In anderen afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften gibt es ähnliche Probleme.

Um von regionaler Integration zu profitieren, sollte Ruanda seine derzeitige Strategie, das Export-



volumen zu steigern, ändern und mehr auf die Wettbewerbsvorteile seines Privatsektors setzen. Zwischen 2010 und 2015 verzeichnete das Land ein Handelsdefizit gegenüber anderen EAC-Mitgliedern, die mehr Einwohner, mehr natürliche Ressourcen und einen besseren Zugang zum Meer haben. Nur Burundi, das Ruanda in vielen Bereichen ähnelt, schnitt noch schlechter ab. Im Gegensatz zu Ruanda mangelt es in Burundi an kompetenter wirtschaftspolitischer Steuerung.

## Infrastruktur verbessern

Ob sich die Mitgliedschaft in RECs auszahlt, bleibt abzuwarten. Bisher hat sich der starke Fokus auf den Export aufgrund hoher Handelskosten und der Konkurrenz anderer EAC-Länder für Ruanda als unprofitabel erwiesen (de Melo and Collinson 2011). Spezialisierung ist unabdingbar, und auch die regionale Infrastruktur muss verbessert werden.

Ruanda hat bereits erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um das Land in ein Zentrum für Informations- und Kommunikationstechnologie zu verwandeln. Lokale Unternehmen aus dem Bereich sind wettbewerbsfähig und bieten ihre Dienstleistungen auch in Nachbarländern an.

Laufende Projekte wie der East-African-Railway-Masterplan müssen zum Abschluss kommen, um die Region voranzubringen und die Geschäftsnetzwerke



**Kacana Sipangule** ist PEGNet-Koordinatorin und Doktorandin für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Göttingen. Sie arbeitet außerdem am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. [kacana.sipangule@ifw-kiel.de](mailto:kacana.sipangule@ifw-kiel.de)



Fabian von Poser/Lineair

zu verbessern. Auch das Straßennetz innerhalb Ruandas sollte ausgebaut werden – denn je besser der Transport im eigenen Land funktioniert, desto leichter fällt auch der Handel mit den Nachbarländern.

Die neuen Marktchancen, die die jüngst gegründete TFTA bietet, sollte Ruanda nutzen, um die Produktion in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung anzukurbeln – mit besonderem Augenmerk auf Privatunternehmen. Dabei muss sich erst zeigen, ob die TFTA tatsächlich Verbesserungen bringt. Lufuke und Kamau (2015) haben am Beispiel von Tansania untersucht, ob sich die Größe einer REC auf die Handelsvolumen auswirkt. Das Ergebnis: Kleine RECs sind besser, da sie nicht nur Handel

erleichtern, sondern beispielsweise auch den freien Personenverkehr. Die TFTA ist jedoch eine riesige REC.

Ein weiteres – überraschendes – Ergebnis der Untersuchung von Lufuke und Kamau besteht darin, dass es für die regionale Integration nicht wichtig ist, ob ein Land Zugang zum Meer hat. Das liegt daran, dass Seetransport im innerafrikanischen Handel keine große Rolle spielt. ←

#### Quellen

##### Africa Regional Integration Index Report 2016:

[http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/ARII-Report2016\\_EN\\_web.pdf](http://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Generic-Documents/ARII-Report2016_EN_web.pdf)

**Lufuke, E. M., und Kamau, L. M., 2015:** The Impact of size of the regional economic blocs to the country's flow of trade: Evidence from COMESA, EAC and Tanzania. World Academy of Science, Engineering and Technology, Journal of Social, Behavioural, Educational, Economic, Business and Industrial Engineering, 9 (8): 2880-2885.

**MINECOFIN, 2013:** Economic development and poverty reduction strategy (EDPRS2). Ministry of Finance and Economic Planning, Kigali, Rwanda.

[http://www.rdb.rw/uploads/tx\\_sbdownloader/EDPRS\\_2\\_Main\\_Document.pdf](http://www.rdb.rw/uploads/tx_sbdownloader/EDPRS_2_Main_Document.pdf)

**Tuffour, J.-A., Balchin, N., Calabrese, L., und Mendez-Parra, M., 2016:** Trade facilitation and economic transformation in Africa. The 2016 African Transformation Forum in Kigali 14-15 March 2016.

<http://set.odi.org/wp-content/uploads/2016/03/SET-ACET-ATF-Trade-Facilitation-Paper.pdf>

**World Bank, 2014:** East African common market score card 2014. Tracking EAC compliance in the movement of capital, services and goods. Arusha, Tanzania: World Bank and the East African Community Secretariat.

<https://www.wbginvestmentclimate.org/publications/upload/East-African-Common-Market-Scorecard-2014.pdf>

**De Melo, J., und Collinson, L., 2011:** Getting the best out of regional integration: some thoughts for Rwanda. International Growth Centre (IGC) Working Paper.

<http://www.theigc.org/wp-content/uploads/2014/09/De-Melo-Et-Al-2011-Working-Paper.pdf>

*Regionale Integration versus Wettbewerb auf dem Weltmarkt: Zwei von Tansanias verbreitetsten Biermarken (Serengeti und Tusker) gehören zur kenianischen Firma EABL, und zwei weitere (Kilimanjaro und Safari) gehören zum Global Player SAB Miller. Alle werden in der East African Community produziert.*

## Über PEGNet

Das Poverty Reduction, Equity and Growth Network (PEGNet) veranstaltet jährliche Konferenzen, um Forschern und Praktikern der Entwicklungszusammenarbeit die Kooperation zu erleichtern. Dieses Jahr wird die Konferenz vom 15. bis 16. September in Ruandas Hauptstadt Kigali stattfinden. Der Titel der Konferenz ist: „Regional integration for Africa's economic transformation – Challenges and opportunities“.

PEGNet vereint Forscher, die sich für die Zusammenhänge zwischen Armut, Ungleichheit und Wachstum interessieren, und vernetzt sie weltweit mit wissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Institutionen. PEGNet wurde 2005 gegründet; daran beteiligt waren das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel, die Universitäten Göttingen und Frankfurt sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit seinen großen Durchführungorganisationen GTZ (mittlerweile GIZ) und KfW Entwicklungsbank.

Gastgeber in Kigali ist das Institute of Policy Analysis and Research – Rwanda (IPAR-Rwanda). IPAR-Rwanda ist ein ruandischer unabhängiger Non-profit-Thinktank für Forschung und Politikanalyse. Er wurde 2008 mit Unterstützung der African Capacity Building Foundation (ACBF) und des International Development Research Centre (IDRC) gegründet. IPAR-Rwandas Ziel ist es, die evidenzbasierte Politikgestaltung und die Diskussionskultur über politische Fragen in Ruanda zu fördern.

Zu den internationalen Partnern von PEGNet zählen darüber hinaus das Londoner Overseas Development Institute (ODI), das Pariser Institut Développement, Institutions et Ajustement à Long terme (DIAL), die Development Bank of Southern Africa (DBSA), das Department of Economics der Universität Cape Coast in Ghana und das Southern Africa Labour and Development Research Unit (SALDRU) in Kapstadt. Insgesamt zählt PEGNet mehr als 100 Mitgliedsinstitutionen und Einzelpersonen.

kd



Werden Sie  
unser Fan auf  
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook



D+C  
Development  
and  
Cooperation  
@development.and.cooperation

Startseite

- Info
- Fotos
- „Gefällt mir“-Angaben
- Videos
- Beiträge

Eine Seite erstellen



Mehr

D+C D+C Development and Cooperation  
36 Minuten · €

NOWADAYS: Prostitution in South Sudan is increasing in the severe economic crisis. The decline in crude oil production as one consequence of more than two years of civil war has been exacerbating poverty. As a means of survival, more and more girls and women opt for prostitution.



In the wake of the economic collapse, prostitution is surging in South Sudan

Zeitschrift

Suche nach Beiträgen auf dieser Seite

PERSONEN

116.886 „Gefällt mir“-Angaben

INFO

D+C Development and Cooperation is a website and print magazine on development and international cooperation. www.dandc.eu  
http://www.dandc.eu/

FOTOS



# Vom freien zum fairen Handel

Stimmige Regeln für Exporte und Importe sind nötig, um nachhaltige Entwicklung auf verantwortliche Weise zu fördern. So lautet das Urteil von Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Von Gerd Müller

➔ Im April 2013 ereignete sich das verheerende Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch mit mehr als 1100 Opfern und über 3000 Verletzten. Ein Unglück, das erneut auf unmenschliche und umweltzerstörerische Produktionsbedingungen in Asien und Afrika aufmerksam gemacht hat.

Heute können wir sagen, dass sich seitdem einiges zum Positiven verändert hat. Im Oktober 2014 haben wir das Bündnis für nachhaltige Textilien auf den Weg gebracht. In Bangladesch konnte ich mich im Herbst vergangenen Jahres von den Fortschritten vor Ort überzeugen. Dank deutscher Unterstützung haben viele Überlebende der Katastrophe wieder eine berufliche Perspektive; durch die Ausbildung von Inspektoren kommen die Sicherheit und der Arbeitsschutz in den Textilfabriken voran. Außerdem berät Deutschland beim Aufbau von Arbeitnehmervertretungen und einer Unfallversicherung.

Der Textilsektor ist ein Beispiel dafür, wie im Zeitalter der Globalisierung immer komplexer werdende Liefer- und Handelsketten den gesamten Erdball umspannen. Die Globalisierung, die digitale Revolution und eine rasant wachsende Bevölkerung haben unseren Planeten Erde zum globalen Dorf gemacht. Die Produkte, die wir in Deutschland und Europa konsumieren, werden von vielen einzelnen Unternehmen über Landesgrenzen hinweg produziert und gehandelt. Ein Herrenhemd beispielsweise durchläuft in seiner Produktion bis zu 140 Fertigungsschritte in verschiedenen Ländern, bis es bei uns auf dem Kleiderbügel im Geschäft zu kaufen ist. Dabei wird die Produktion oft aus Kostengründen in Länder mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards ausgelagert.

Trotz der Herausforderungen dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Integration in globale und regionale Wertschöpfungsketten Chancen für Entwicklungs- und Schwellenländer eröffnet. So konnte China durch eine schnell wachsende industrielle Produktion und Exportorientierung zwischen 2000 und 2013 über 200 Millionen Menschen aus der Armut befreien. Die ärmsten Entwicklungsländer (Least Developed Coun-

tries – LDCs) und viele afrikanische Länder haben diese Möglichkeiten nicht, da sie kaum in die internationale Arbeitsteilung und Weltwirtschaft integriert sind. Die Welthandelsorganisation geht davon aus, dass die ärmsten Entwicklungsländer zwar zwölf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, jedoch nur an einem Prozent des Welthandels beteiligt sind. Selbst ein so international verflochtenes Land wie Deutschland bezieht nur drei Prozent seiner Waren aus Afrika.

## Der Weltzukunftsvertrag

Wir müssen dafür sorgen, dass Entwicklungsländer bessere Möglichkeiten haben, an Wertschöpfung und internationalem Handel teilzuhaben. Denn so kann Armut nachhaltig bekämpft und Beschäftigungsperspektiven geschaffen werden. Gleichzeitig muss der weltweite Handel verantwortlich, nachhaltig und fair gestaltet werden. Die Globalisierung und der Handel dürfen nicht mit massiver Umweltzerstörung, Klimawandel, wachsenden Ungleichheiten, prekären Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen einhergehen.

Wir brauchen ein globales Wirtschaftsmodell, wie wir es in Europa aus dem Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts heraus entwickelt haben. Der Weltzukunftsvertrag – die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – mit den 17 Zielen für eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) ist dafür der neue Handlungsrahmen: auf internationaler Ebene, in den Partnerländern und in Deutschland.

## Verantwortung für nachhaltigen Handel beginnt in Deutschland

Die Verantwortung für einen nachhaltigen Handel beginnt in Deutschland, denn besonders deutsche Unternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Anhebung von Umwelt- und Sozialstandards und

bei der nachhaltigen Gestaltung globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten.

Das beste Beispiel hierfür ist das Bündnis für nachhaltige Textilien. Diese Partnerschaft von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft hat sich nachhaltige soziale, ökologische und ökonomische Verbesserungen entlang der gesamten Textillieferkette zum Ziel gesetzt. Mittlerweile haben sich rund 180 Mitglieder angeschlossen – mehr als die Hälfte des deutschen Textileinzelhandels.

Wichtig ist auch die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte, mit dem die Bundesregierung die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzt. Mit ihm wird ein klarer nationaler Bezugsrahmen für menschenrechtskonformes, sozial nachhaltiges und zugleich ökonomisch erfolgreiches Wirtschaften gesetzt – in erster Linie für die Unternehmen selbst, aber eben auch für die staatlichen Akteure, deren Aufgabe es ist, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Sorgfaltspflichten zu gewähren und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ein weiterer Schlüssel für mehr Nachhaltigkeit liegt beim Konsumverhalten. Wir müssen uns klarmachen: Unser Konsum hierzulande hat direkte Konsequenzen in anderen Teilen der Welt. Wenn ein T-Shirt in Deutschland für 2,50 Euro zu haben ist, kann für die Näherin in Bangladesch nicht viel übrig bleiben. Aber es gibt Hoffnung: Der Anstieg des Verkaufs fair gehandelter Produkte bestätigt, dass es ein steigendes Bewusstsein und Interesse für das Thema Nachhaltigkeit gibt. Zur Unterstützung des fairen Handels hat die Bundesregierung eine Informationsplattform – [www.siegelklarheit.de](http://www.siegelklarheit.de) – entwickelt, die die etablierten Nachhaltigkeitsiegel verständlich und die besonders glaubwürdigen und anspruchsvollen Siegel transparent macht. Aber auch der Bund, die Länder und die Kommunen mit ihrem jährlichen Beschaffungsvolumen von mehr als 300 Milliarden Euro müssen in Bezug auf Nachhaltigkeit mit gutem Beispiel vorangehen. Mit verschiedenen Initiativen setzt sich das BMZ dafür ein, dass verstärkt Sozial- und Umweltstandards in allen öffentlichen Beschaffungen Berücksichtigung finden.

Damit Armut bekämpft und Beschäftigungs- und Zukunftsperspektiven für Menschen in den Entwicklungsländern geschaffen werden können, müssen Unternehmen in Entwicklungsländern ihre Produkte und Dienstleistungen wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt anbieten können. Im Rahmen der von der WTO ins Leben gerufenen Aid-for-Trade-Initiative hat Deutschland sein Engagement für handelsfördernde Maßnahmen kontinuierlich ausgebaut. So fördert das BMZ in den Partnerländern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen, die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und die Einführung und



BMZ/Photothek

Gerd Müller zu Besuch in einer kambodschanischen Textilfabrik.

Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards, zum Beispiel in den Produktionsbetrieben in Bangladesch.

Auf internationaler Ebene ist es wichtig, die WTO als das Forum für Verhandlungen zur gerechten Ausgestaltung des Welthandels zu nutzen, denn hier hat jedes Land eine Stimme. Die WTO-Ministerkonferenz 2015 in Nairobi konnte zwar die seit 2001 andauernde Doha-Entwicklungsrunde nicht zum Abschluss bringen, jedoch konnten Fortschritte für Entwicklungsländer erzielt werden. Die Agrarsubventionen werden abgeschafft und die präferenzieller Ursprungsregeln für Güter aus den LDCs erweitert. Die stockenden Verhandlungen der Doha-Runde führen jedoch dazu, dass bilaterale und plurilaterale Handelsabkommen an Gewicht gewinnen. Wir müssen darauf achten, dass Handelsabkommen außerhalb der WTO nicht zu Lasten der Entwicklungsländer gehen. Dafür brauchen wir auch eine Verknüpfung von ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitsstandards mit der internationalen und europäischen Handelspolitik. Daher fordere ich eine breite Verankerung von Nachhaltigkeitsstandards im WTO-Recht, bei Freihandelsabkommen der EU und in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den AKP-Staaten.

Nachhaltiger und gerechter Handel beginnt bei uns selbst in Deutschland, muss in den Entwicklungsländern unterstützt und auf internationaler Ebene verankert werden: Statt Freihandel müssen wir einen Fairhandel schaffen. Das muss die Lehre aus Rana Plaza sein. ←



Gerd Müller ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. <http://www.bmz.de>

# Afrika besser machen

In Nairobi gibt es viele junge und dynamische Hightech-Firmen. Gemeinsam werden sie „Silicon Savannah“ genannt. Nanjira Sambuli kennt die Gründerszene als Expertin für Informationstechnik (IT) seit Jahren. Im Interview mit Hans Dembowski erläutert sie, weshalb internationale Vernetzung hilft, Entwicklung in Afrika voranzubringen.



## Interview mit Nanjira Sambuli

### Warum braucht Kenias Silicon Savannah globale Kontakte – etwa zum Silicon Valley in den USA oder dem Silicon Plateau in Indien?

Unsere sogenannte Silicon Savannah steckt im Vergleich mit den beiden anderen Technologiehochburgen, die Sie genannt haben, noch in den Kinderschuhen. Der Begriff selbst zeigt, dass wir mit ihnen verglichen werden. Er hat sich in den vergangenen zehn Jahren durchgesetzt, nachdem einige weltbekannte digitale Lösungen hier entwickelt wurden oder zumindest Fuß fassten. Beispiele sind M-Pesa, das System, das Geldüberweisungen per Handy ermöglicht, und Ushahidi, mit dem viele Internetnutzer gemeinsam Daten auf einer einzigen Website zusammentragen können. Um die Gründerszene hier zu stärken und ihr Wachstum zu beschleunigen, brauchen wir den Kontakt zu anderen Tech-Zentren. In unserer zunehmend globalisierten Welt wäre es kontraproduktiv, darauf zu verzichten, anstatt Erkenntnisse zu teilen, Markttrends zu erkennen und bei verschiedenen Projekten zusammenzuarbeiten.

### Welche Art von Kontakt ist wichtig: Aufträge, Kooperation, ausländische Direktinvestition?

Unterschiedliche Dinge sind auf verschiedene Art wichtig. Auf vier Aspekte kommt es vor allem an:

Erstens: der Transfer von Wissen und Kompetenzen. Unsere junge Gründerszene muss von den anderen lernen. Dabei geht es um vorbildliche Konzepte und professionelle Standards, aber auch darum, typische Fallstricke zu vermeiden. Die Infusion von Kenntnissen aus anderen Technologie-Zentren ist nützlich, und wir brauchen Mentoren für die Talente in unserer sprudelnden Szene. Die meisten sind jung und lernen schnell.

Zweitens: Finanzierung. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten. Zuschüsse und Stipendien – etwa für die Entwicklung von Innovationen – sind gut. Auch verschiedene Investitionsformen sind gut – von Risikokapital über die direkte Beteiligung an Unternehmen bis hin zu Impact-Investments, die nicht nur auf Profite, sondern auch auf gesellschaftlichen Fortschritt abzielen. Es ist nicht leicht, in Kenia Kapital zu mobilisieren, denn viele Anleger hier schrecken

vor Hightech-Firmen noch zurück. Geld von globalen Partnern hilft, unser Wachstum anzutreiben.

Drittens: Ableger von multinationalen Konzernen. Globale Technologieriesen haben hier Büros eröffnet, und oft sind es die ersten, die sie in Afrika haben. Einige dienen als regionale oder sogar kontinentale Schaltstellen. Das zeigt, dass Ausländer das Potential unserer Silicon Savannah erkannt haben. Um nur einige zu nennen: Google, Intel, IBM, General Electric und Philips gehören zu diesen Großkonzernen. Ihre Büros geben Kenianern Arbeit und sorgen so dafür, dass hier Kompetenzen entwickelt werden.

Viertens: Kooperation und Partnerschaft. Viele der genannten Firmen gehen Partnerschaften mit örtlichen Institutionen, Initiativen und Organisationen ein, was unser Innovations-Ökosystem weiter stärkt. General Electric arbeitet beispielsweise nicht nur mit kenianischen Hochschulen zusammen, sondern auch mit Seven Seas Technologies und Gearbox, zwei führenden hiesigen Tech-Firmen. Google, Intel und IBM kooperieren ihrerseits mit Universitäten und Gründerparks, wie etwa dem berühmten iHub. Das trägt alles dazu bei, junge Talente anzuziehen und fortzubilden.

### Welche Bedeutung hat Silicon Savannah für Kenias Volkswirtschaft und das Leben der Durchschnittskenianer?

Es wird erwartet, dass die Digital-Branche nächstes Jahr bis zu acht Prozent zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung beitragen wird. Die Politik sieht riesige Chancen. Die Start-up-Szene schafft Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Mehrwert, und das wird so bleiben. Die Auswirkungen auf das Alltagsleben sind unterschiedlich. Dass M-Pesa erheblich dazu beiträgt, den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verbessern, ist bekannt. Das hat Lebenschancen in ganz Afrika verbessert. Andere Innovationen betreffen verschiedene Bereiche, etwa Landwirtschaft oder Energieversorgung, und die Zielgruppen profitieren davon. Manchmal sind sogar Fehlschläge nützlich – und zwar in dem Sinn, dass die Leistungsfähigkeit der Innovatoren wächst, wenn sie besser verstehen, wie sie Produkte und Dienstleistungen für Afrika konzipieren müssen.

Start Customer Service today on **Messenger.**

GET STARTED TODAY



Discover the power of Ongair

### Sucht Silicon Savannah afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme oder Lösungen für globale Herausforderungen?

Beides kommt vor, und es gibt auch so etwas wie afrikanische Lösungen für globale Probleme. Ushahidi ist ein Beispiel. Es wurde hier entwickelt, um in einer politischen Krise den Informationsaustausch zu erleichtern und nach Wahlen Gewalttaten zu dokumentieren. Das System wurde mittlerweile in vielen Ländern übernommen und an deren Problemstellungen angepasst. Silicon Savannah hat auch andere starke Innovationen hervorgebracht. M-KOPA Solar und Strauss Energy bieten neue und erschwingliche Optionen für die nachhaltige Stromversorgung an. Twiga Foods ist eine kostenfrei per Handy zugängliche Großhandelsplattform für kleine und mittlere Erzeuger, die städtische Einzelhändler beliefern wollen. M-Farm stellt Bauern marktrelevante Information bereit. All das funktioniert nicht nur in Kenia und anderen afrikanischen Ländern, sondern auch anderswo. Es kommt aber auch vor, dass die internationale Geschäftswelt schnell eine kenianische Entwicklung aufgreift. OngAir ist ein aufregendes Beispiel. Diese Firma hat eine Plattform entwickelt, mit der Unternehmen Nachrichten auf Facebook, Twitter, Whatsapp und anderen sozialen Medien aussenden können. Dieses nützliche Marketinginstrument setzen beispielsweise internationale Marken wie Coca Cola und Heineken ein.

### Welche Bildungsgrundlage ist nötig, um Teil der globalen IT-Wirtschaft zu werden?

Diese Frage ist politisch sehr wichtig. Die IT-Wirtschaft erfordert weltweit technische Kompetenzen wie Programmieren und dergleichen. Akademische Ausbildung ist folglich wichtig. Es ist bezeichnend, dass multinationale Riesen diesbezüglich mit kenianischen Hochschulen zusammenarbeiten. Sie wollen sicherstellen, dass die Studenten lernen, was die Branche braucht. Soziokulturelle Aspekte sind aber

auch wichtig. Ich würde sagen, dass Neugier auf die Welt, in der wir leben, und darauf, wie Technik sie verändern kann, eine wichtige Grundlage ist. Technik soll Menschen ja befähigen und sie stärker machen.

### In welchem Maß motiviert und inspiriert der internationale Austausch junge Technologie-Profis in Kenia?

In gewisser Weise ist die internationale Aufmerksamkeit, die wir bekommen, ein zweischneidiges Schwert. Einerseits motiviert sie in hohem Maße, und Unternehmen profitieren vom Austausch, und zwar dann, wenn sie dadurch vorankommen, indem es ihnen gelingt, ein Produkt oder eine Dienstleistung zu vermarkten. Andererseits bedeuten die internationalen Kontakte auch, dass viele Leute ihre Aufmerksamkeit darauf richten, was sie als neuen Trend erkennen oder zu erkennen meinen. Es besteht das Risiko, dass sie sich dann mehr für Form als Substanz interessieren. Was individuelle Karrieren angeht, haben besonders diejenigen Vorteile, denen es dank ihrer Fähigkeiten gelingt, sich in Tech-Netzwerke zu integrieren. Viele arbeiten nun in Führungspositionen, sowohl in hiesigen als auch internationalen Unternehmen.

### Wollen Profis aus Silicon Savannah in OECD-Länder auswandern?

Ich glaube, die meisten Akteure in Silicon Savannah wollen Kapazitäten für dieses Land und diesen Kontinent schaffen. Die Idee, in die OECD auszuwandern, ist nicht, was sie zu harter Arbeit antreibt. Gelegentliche Dienstreisen, Konferenzen und Fortbildungen sind bestimmt attraktiv, aber ich kenne keine Fälle, wo Leute nachher auswandern wollten. Das Herzensanliegen dieser Generation ist, dieses Land und diesen Kontinent besser zu machen. ←

#### Link

Kenianisches Start-up OngAir:  
<https://ongair.im/>

*OngAir, ein kenianisches Start-up-Unternehmen, hat ein Marketinginstrument entwickelt, das multinationale Konzerne weltweit nutzen.*



**Nanjira Sambuli**  
ist Analystin und Expertin für Informationstechnologie (IT).  
[email@nanjira.com](mailto:email@nanjira.com)

# Richtige politische Weichenstellung



Außenhandel kann Entwicklung befördern. Doch ob Exporte florieren und ob sie Wohlfahrt mehren, ist vor allem eine Frage konkreter Politik. Die Regierungen Mosambiks haben die Möglichkeiten bisher nicht genutzt, und Entwicklungspolitik kann nur begrenzt Einfluss nehmen.

Von Friedrich Kaufmann und Winfried Borowczak

➔ Obwohl die mosambikanische Wirtschaft seit Jahren ein hohes Wachstum verzeichnet, stagniert die Entwicklung des Landes: Armut und Einkommensunterschiede steigen, und der Human Development Index ist immer noch einer der niedrigsten weltweit (Platz 180 von 188). Besserung ist nicht in Sicht, denn die Wirtschaft weist zudem ein chronisches Außenhandelsdefizit auf. Das bedeutet, dass das Land mehr Geld für Importe ausgibt, als es durch Exporte einnimmt, ohne dass die Exportbasis bislang gestärkt wurde. Diese Defizite finanziert das Land über Kredite, Entwicklungshilfegelder und einfließende Auslandsinvestitionen. In jüngsten Skandalen kam zudem ans Licht, dass der Staat sich durch heimliche Geschäfte – unter anderem durch Waffenimporte – massiv verschuldet hat. Geber haben daraufhin teilweise ihre Hilfen eingefroren, die Preise steigen, der Wechselkurs sinkt, Investoren halten sich zurück und für viele Menschen verschlechtert sich der Lebensstandard.

Grundsätzlich können Volkswirtschaften durch Außenhandel Wohlfahrtsgewinne erzielen: Länder, die viele Waren ins Ausland verkaufen, können die Einnahmen für Investitionen in Entwicklung nutzen. In Mosambik aber steigen die Exporte bislang kaum (siehe Kasten, S. 22), und selbst der vorhandene Außenhandel wirkt nicht armutsmindernd. Das hat mehrere Gründe:

- **Kaum lokale Exportunternehmen:** Eine vernetzte Ökonomie, einen Mittelstand oder industrielle Cluster gibt es praktisch nicht. Die absolute Anzahl von Unternehmen ist sehr gering – zum Vergleich: Deutschland hat 40 Mal so viele Unternehmen pro Kopf – und größere Unternehmen, die als „Leit“-Exporteure in Frage kämen, gibt es nur wenige.
- **Kaum Einbindung lokaler Unternehmen in die Wertschöpfungsketten:** Rohstoffe werden meist von internationalen Unternehmen abgebaut und exportiert. Kleine und mittlere Unternehmen als Zulieferer sind kaum eingebunden, da sie entweder nicht vorhanden oder nicht wettbewerbsfähig sind. In der

Folge entstehen nur wenig Arbeitsplätze und Einkommen im Land.

- **Wenig Know-how-Transfer:** Außenhandel bietet die Chance, internationales Know-how ins Land zu holen. Da die meisten Arbeitskräfte in Mosambik einen niedrigen Ausbildungsgrad haben, wäre dieser Wissenstransfer dringend nötig. In Mosambik gibt es allerdings die Tendenz, den Zuzug ausländischer Fachkräfte zum Beispiel durch das Arbeitsrecht zu erschweren. Dies verlangsamt den Aufbau einer produktiven Wirtschaft und einer Exportbasis.
- **Falsche Partner:** Asiatische Unternehmen bahnen sich zunehmend einen Weg in Infrastrukturprojekte, den Außenhandel und die Rohstoffvorkommen. Internationale Umwelt- und Sozialstandards, Ausbildung oder Nachhaltigkeit spielen für sie zumeist keine große Rolle.

## Staat und Entwicklungspolitik bisher kaum erfolgreich

Die mosambikanische Regierung ist bisher wenig erfolgreich darin, das Außenhandelsdefizit zu beheben. Sie propagiert Importsubstitution, was in Mosambiks Konsumökonomie auch dringend notwendig ist, kommt damit allerdings kaum voran.

Auch eine umfassende Außenhandelsstrategie, die Entwicklungsfragen adressiert, gibt es nicht. Zwar entwirft der Staat immer wieder Papiere, aber eine klare Linie fehlt. Dasselbe gilt für die Industriepolitik, die Mittelstandsförderung und die Landwirtschaftsstrategie. Sie sind nicht aufeinander abgestimmt, nicht mit Prioritäten belegt und es stehen nicht die nötigen Mittel und Kapazitäten bereit, um sie umzusetzen. Zudem können einzelne Ministerien oft keine Maßnahmen durchsetzen, die mehrere Sektoren betreffen.

Mittlerweile gibt es immerhin einen konkreten Ansatz zur Exportförderung: Es sollen spezielle Wirtschaftszonen nach chinesischem Vorbild eingerichtet werden (z. B. im Nacala-Korridor oder Belulane-Park



jeremy jowell/lineair

Die Landwirtschaft ist auf dem Entwicklungsstand der 1950er-Jahre stehen geblieben: Fischerboot in Macaneta, Mosambik.



**Friedrich Kaufmann**

ist Leiter der Deutschen Auslandschambers in Maputo, Mosambik.

[friedrich.kaufmann@gmx.net](mailto:friedrich.kaufmann@gmx.net)

bei Maputo), die Exportunternehmen gute Infrastruktur bieten und massive Steuervorteile gewähren sollen. Der Erfolg dieser Sonderwirtschaftszonen bleibt abzuwarten.

Seit vielen Jahren bemühen sich auch die internationalen Geber den Außenhandel zu unterstützen, etwa durch Initiativen wie Aid for Trade. Sie fördern Ministerien, unterstützen Transport und Logistik oder promovieren Tourismus. Abgestimmt ist dies aber meistens nicht und reicht selten bis zu den Ursachen. Seitdem neue Gasvorkommen im Land entdeckt wurden, bieten einige Organisationen Berufsbildungsprogramme für einheimische Firmen, damit sie sich als

Zulieferer für die Gas- und Ölförderung qualifizieren können (etwa durch das SOGA-Programm, an dem auch die GIZ beteiligt ist).

Das kürzlich unterzeichnete European Partnership Agreement (EPA) befreit nahezu alle Exporte nach Europa von Quoten und Zöllen und schafft Anreize für europäische Unternehmen, Exportbasen in Mosambik aufzubauen. Doch das muss nichts heißen: Schon das „Everything but Arms“-Abkommen und der „African Growth and Opportunity Act“ boten Möglichkeiten für begünstigten Export, blieben jedoch weitgehend ungenutzt. Zunächst müsste das Wirtschaftsklima im Land verbessert werden.

Erste bescheidene Entwicklungserfolge konnte man in den letzten Jahren im Bereich Zuckerrohr und Tabak beobachten. Mit Hilfe von Auslandskapital und Gebern wurden „Out-Grower“-Programme geschaffen, die Kleinbauern in die Wertschöpfungskette einbinden und ihnen so ein besseres Auskommen ermöglichen.

## Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

Jüngste Studien zeigen, dass die meisten armen Länder in einem ähnlichen Dilemma stecken (Krause/Kaufmann 2011; Altenburg/Lütkenhorst 2015). Gerade sie brauchen intelligente Außenhandels-, Industrie- und Entwicklungspolitik, weil die Märkte es nicht alleine richten. Dafür braucht man aber eben auch gute Regierungsführung – also ein staatliches Interesse am Gemeinwohl und politökonomische Spielregeln, die nicht einer einfachen Limited Access Order folgen, sondern auf dem Weg zu einer Open Access Order sind (siehe Borowczak/Kaufmann in E+Z 2011/02, S. 69 ff.). In

Mosambik gibt es dafür wenig Anzeichen; kurzfristige und partikulare Gewinninteressen überwiegen.

Solch systemische, politökonomische Probleme lassen sich nicht durch reine Außenhandelsförderung lösen, weshalb auch die vielen Bemühungen der internationalen Geber bislang oftmals im Sande verlaufen sind. Die Rahmenbedingungen lassen sich allenfalls langsam, von innen und über zivilgesellschaftliches Engagement beeinflussen. Beharrlichkeit, Geduld, Realismus und die Bereitschaft, mit dem Vorhandenen zu arbeiten, sind Voraussetzungen. Patentrezepte und fertige Modelle werden nicht zum Erfolg führen. Vielmehr gilt es, von der gegebenen Basis her „Inseln der Effizienz“ zu schaffen. Kollektives Handeln wie etwa die „Out-Grower“-Gemeinschaften zu fördern, mag ein Weg in diese Richtung sein. <

### Referenzen

Altenburg, T., Lütkenhorst, W., 2015: Industrial policy in developing countries – falling markets, weak states. London.

Krause, M., Kaufmann, F., 2011: Industrial policy in Mozambique. DIE discussion paper 10/2011, Bonn.

Schlechte Infrastruktur erschwert die Logistik.



**Winfried Borowczak**  
ist Sozialökonom und freier Consultant mit den Schwerpunkten Privatsektorförderung und Organisationsentwicklung in Afrika und portugiesischsprachigen Ländern.  
winborow@aol.com

## Mosambiks Außenhandelsschwäche

Das World Economic Forum beschreibt Mosambik in seinem „Global Competitiveness Index“ als eines der am wenigsten wettbewerbsfähigen Länder der Welt. Die Wertschöpfung im Land ist gering und die produzierten Waren können in Preis und Qualität international nicht mithalten.

Einst wurden in Mosambik Eisenbahnwaggons gebaut, heute importiert das Land sogar Lebensmittel in großem Umfang: Besonders der Agrarsektor ist wenig produktiv und die Produktpalette trotz des guten Klimas klein. Die meisten Arbeitskräfte sind informell und leben in Armut, Industrialisierung gibt es kaum.

Das liegt unter anderem daran, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmen schlecht sind, wie der „Doing Business Index“ der Weltbank und die Transparency-International-Studien zu Korruption und Geschäftsethik nahelegen (zum aktuellen Korruptionsskandal in Mosambik siehe auch Kaiser/dos Reis, S. 44). Ohne Beteiligung der politischen Elite geht wenig in der Wirtschaft, weshalb es kaum fairen, offenen Wettbewerb und ausreichende Produktivitätsanreize gibt.

Auch die Bürokratie erschwert internationalen Handel. Kosten und Verwaltungsaufwand für Genehmigungen sind hoch, Wartezeiten lang, Ämter oft wenig effizient und zuverlässig. Zudem ist das Land groß und langgestreckt, die Transportinfra-



Doing/linear

struktur lässt aber zu wünschen übrig und ist teuer.

Aufgrund mangelnder industrieller Produktion bestehen die Exporte zum größten Teil aus unverarbeiteten Grund- und Rohstoffen: Aluminium, Kohle, Gas, mineralische Rohstoffe und in bescheidenem Maße Tabak, Baumwolle, Meeresfrüchte. Der Abbau wird zumeist von ausländischen Investoren finanziert, die kurze Wertschöpfungsketten bevorzugen und nur selten lokale Unternehmen einbinden.

Fast die Hälfte der Exporte gehen nach China und in das benachbarte Südafrika, Aluminium wird vor allem nach Europa geliefert. Der Außenhandel ist also sektoral wie regional wenig diversifiziert und damit sehr verwundbar.

# Marktgesetze vor Menschenrechten

Beim Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik in Bangladesch im April 2013 starben mehr als 1 100 Menschen. In Reaktion auf das Unglück forderte die internationale Gemeinschaft Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte und Gebäudesicherheit in der Bekleidungsindustrie. Drei internationale Initiativen entstanden mit dem Ziel, Reformen in Bangladesch umzusetzen. Bisher haben sie jedoch wenig erreicht. Das gilt ähnlich auch für das Textilbündnis des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Von Nico Beckert

➔ Das Rana-Plaza-Unglück war kein Einzelfall. Es steht in einer langen Reihe von Fabrikeinstürzen, Bränden und schweren Arbeitsunfällen in den textilproduzierenden Ländern Asiens. Mit mehr als 1 100 Toten war es jedoch das bisher größte Unglück. Es zog drei Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs nach sich:

- die Alliance for Bangladesh worker safety, bei der hauptsächlich nordamerikanische Bekleidungsfirmen mitmachen,
- den Accord on fire and building safety in Bangladesh, einen Zusammenschluss europäischer Kleidungshersteller und globaler sowie nationaler Gewerkschaften, und
- ein Projekt der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit der Regierung Bangladeschs mit dem Titel Improving working conditions in the ready-made garment sector in Bangladesh.

Die Initiativen verfolgen das Ziel, die Gebäudesicherheit und den Brandschutz durch Fabrikinspektionen und Schulungen der Arbeiter zu verbessern. Die ILO-Bemühungen erstrecken sich zudem auf die Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Doch trotz finanzieller Zusagen in dreistelliger Millionenhöhe wurde bisher wenig erreicht.

In den ersten zwei Jahren nach der Tragödie wurden einige Dutzend Fabriken geschlossen. Es fanden Inspektionen in der Hälfte aller Produktionsstätten in Bangladesch statt. Laut der 2015 veröffentlichten Studie „Beyond the tip of the iceberg: Bangladesh’s forgotten apparel workers“ der New York University behoben allerdings nur acht der mehr als 3 400 inspezierten Fabriken alle Mängel.

Zudem arbeiten hunderttausende Menschen in Fabriken, die von den drei Bündnissen gar nicht erfasst werden. Auch westliche Firmen, die Mitglieder

der Bündnisse sind, beziehen über Zulieferer und Subunternehmen Produkte von dort. Lange und intransparente Lieferketten erschweren Kontrollen.

Auch im sozialen Bereich gab es erst wenige Verbesserungen. Zwar hat die Regierung Bangladeschs den Mindestlohn für Näher von 37 auf 68 Dollar im Monat angehoben. Doch ein Großteil der Fabriken zahlt diesen Lohn noch nicht. Zudem war die Anhebung unzureichend: Nach Angaben des Netzwerks Clean Cloth Campaign müsste ein Lohn, der die Lebenshaltungskosten der Näher und ihrer Familienangehörigen deckt, vier- bis fünfmal höher sein.

Ähnlich dürftig sehen die Fortschritte bei dem Anteil der gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder aus. Er hat sich seit dem Rana-Plaza-Einsturz zwar verdoppelt, aber lediglich von 2,5 auf fünf Prozent. Human Rights Watch berichtet von Entlassungen und Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder.

Problematisch ist auch der Interessenkonflikt, der sich aus den Verstrickungen von Politik und Wirtschaft ergibt. Einige Parlamentsabgeordnete sind gleichzeitig Fabrikeigentümer. Sie werden kaum für stärkere Regulierung und eine Verbesserung der Menschenrechtssituation stimmen, wenn ihrer Fabrik dadurch Kosten entstehen und ihre Profite sinken. Auch wird die Regierung keine Maßnahmen umsetzen, die zu einer Verlagerung der Textilproduktion in Nachbarländer führen.

## ■ Scheitern freiwilliger Selbstverpflichtungen

Die oben genannten Initiativen drohen ihre Ziele zu verfehlen, da es kaum unabhängige Kontrollmecha-

nismen und wirksame Rechtsmittel gibt. In der Alliance for Bangladesh worker safety kontrollieren sich die Firmen nur gegenseitig, und ihre Verpflichtungen sind rechtlich nicht verbindlich. Die europäische Accord-Initiative stellt zwar einen rechtlich verbindlichen Rahmen dar, hat aber nur eine Laufzeit von fünf Jahren.

Theoretisch könnten die gewerkschaftlichen Teilnehmer, falls es zwischen ihnen und den Unternehmen zu Unstimmigkeiten über die Implementierung des Accords kommt, einen Schiedsspruch vor einem Gericht erwirken. Konkret müsste sich beispielsweise ein deutsches Unternehmen vor einem deutschen Gericht verantworten, wenn es den Accord nur unzureichend umsetzt. Beklagte Unternehmen könnten sich jedoch auf den Standpunkt zurückziehen, dass in den bisher verstrichenen drei Jahren keine größeren Fortschritte zu erzielen waren. Und wenn die Vereinbarung in zwei Jahren ausläuft, stehen die Unternehmen nicht mehr in der Verantwortung.

Die Unzulänglichkeit freiwilliger Standards zeigt sich auch in der deutschen Politik. Ende 2014 startete

Entwicklungsminister Gerd Müller zusammen mit deutschen Bekleidungsunternehmen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen das deutsche Textilbündnis. Es ging darum, die „drängendsten Herausforderungen der Textilbranche wie eine verbesserte Transparenz der Lieferkette, den sachgemäßen Gebrauch von Chemikalien, existenzsichernde Löhne und Vereinigungsfreiheit“ anzugehen.

Kritiker bemängeln jedoch, dass Müller die Standards des Bündnisses nach Kritik aus Reihen der Modeindustrie verwässert habe und es nicht reiche, auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen zu setzen. Ohne Haftungsrisiken für Firmen bleibe die Wirkung des Bündnisses begrenzt.

Ein international gültiger Vertrag zur Wahrung der Menschenrechte bei wirtschaftlichem Handeln könnte die unverbindliche Freiwilligkeit beenden. Ecuador beantragte die Verhandlung eines solchen Vertrags im September 2013 im UN-Menschenrechtsrat. Trotz Gegenstimmen von USA, EU, Japan und anderen wurde der Antrag im Juni 2014 angenommen. Seitdem verhandelt eine UN-Expertengruppe darüber.



Website der Fair Wear Foundation: <http://www.fairwear.org/26/countries/>

## Nischensegment Fair Trade

Konsumenten nehmen durch ihre Kaufentscheidung Einfluss auf die Produktionsbedingungen. Viele als fair zertifizierte Kleidungsstücke kosten heutzutage nicht

mehr viel mehr als die Kleidung der großen Modemarken.

Allerdings garantieren nicht alle Siegel, dass die Kleidung auch fair produziert wurde. Beispielsweise verpflichtet das Siegel der Fair Wear Foundation Unternehmen dazu, ihre Produktionsbedingungen zu verbessern. Ob die jeweilige Marke dabei schon Fortschritte gemacht hat, muss der Konsument allerdings auf der Internetseite der Fair Wear Foundation recherchieren. Positiv ist, dass die Stiftung die Unternehmensverpflichtungen kontrolliert und jährliche Berichte darüber veröffentlicht, die öffentlich zugänglich sind.

Das bekanntere Fairtrade-Siegel bewertet im Kleidungssektor hingegen lediglich die Baumwollproduktion, nicht jedoch die Weiterverarbeitung der Baumwolle zu Textilien und Kleidung. Es garantiert den



Baumwollbauern einen Mindestpreis und verbessert somit die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kleinbauern und Arbeiter auf Baumwollplantagen. Die Kampagne für saubere Kleidung empfiehlt es als „hochwertiges Siegel für faire Arbeitsbedingungen bei der Baumwollernte“.

In den allermeisten Fällen werden Produkte mit Fair-Trade-Siegel unter besseren Bedingungen produziert als die Waren der großen Handelsketten. Allerdings beteiligt sich nur ein Bruchteil aller Konsumenten am fairen Konsum. Dies liegt zum einen am fehlenden Wissen über die problema-

tischen Herstellungsbedingungen. Zum anderen verfügen Fair-Trade-Hersteller nicht über die notwendige Ladeninfrastruktur, um Kunden das Konsumerlebnis bieten zu können, welches sie in großen Modegeschäften erfahren. Als Nischensegment kann der Konsum fairer Textilien nicht zur umfassenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie beitragen.

### Link

**Verschiedene Siegel für Kleidung:**  
[http://www.saubere-kleidung.de/images/05\\_pdf/2014/2014-03-30\\_Flyer-Siegel.pdf](http://www.saubere-kleidung.de/images/05_pdf/2014/2014-03-30_Flyer-Siegel.pdf)



picture-alliance/dpa

Gedenkeremonie am dritten Jahrestag des Rana-Plaza-Einsturzes.

Experten sind jedoch skeptisch. Um Rechtsbrüche durch Unternehmen weltweit abzudecken, müssten alle Staaten den Vertrag unterzeichnen. Lehnt ein Land mit billigen Arbeitskräften die Unterzeichnung ab, dann besteht die Gefahr, dass Unternehmen aus Unterzeichnerstaaten – wo Sozial- und Umweltstandards und damit die Produktionskosten steigen würden – dorthin abwandern. Derartige Bewegungen globaler Modeunternehmen gibt es schon heute, zum Beispiel nach Myanmar und in einige afrikanische Staaten, wo die Standards noch niedriger sind und noch weniger beachtet werden als in Bangladesch.

Viele Staaten, die offiziell den Vorschlag Ecuadors unterstützen, tun bisher wenig dafür, die bestehenden UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umzusetzen. Dies ist ein Indiz dafür, dass Staaten Wettbewerbsnachteile fürchten. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, wie ernst es Ecuador und andere Regierungen mit einem internationalen Vertrag meinen.

Um die Arbeits- und Menschenrechtssituation in den Herstellerländern zu verbessern, braucht es neben staatlichen Bemühungen dauerhaften öffentlichen Druck und mehr kritische Verbraucher (siehe Kasten, S. 24). Letztlich sind global gültige Mindestlöhne und Produktionsstandards in der Textilproduktion erforderlich. Nur dann konkurrieren Staaten

nicht mehr auf Kosten der Arbeiter um internationale Investitionen.

Dieser externe Druck und global gültige Standards sind umso wichtiger, da es im ländlichen Raum Bangladeschs und anderer „Textilländer“ extreme Armut gibt. Viele junge Frauen haben gar keine andere Chance, als in Textilfabriken zu arbeiten. Die hohe Anzahl potenzieller Arbeiterinnen erschwert es, dass sie sich gewerkschaftlich organisieren und selbst bessere Arbeitsbedingungen einfordern, da jedes Gewerkschaftsmitglied durch eine nicht organisierte Arbeiterin ersetzt werden kann. ←

**Links**

- Alliance for Bangladesh worker safety:**  
<http://www.bangladeshworkersafety.org/who-we-are/about-the-alliance>
- Accord on fire and building safety in Bangladesh:**  
<http://bangladeshaccord.org/>
- ILO-Programm Improving working conditions in the ready-made garment sector in Bangladesh (RMGP programme):**  
<http://www.ilo.org/dhaka/Whatwedo/Projects/safer-garment-industry-in-bangladesh/lang-en/index.htm>
- Studie:** Beyond the tip of the iceberg: Bangladesh's forgotten apparel workers.  
<http://static1.squarespace.com/static/547df270e4b0ba184dfc490e/t/5672d01f841aba57760d628a/1450364959693/Beyond+the+Tip+of+the+Iceberg+Report.pdf>
- Informationen zur Berechnung existenzsichernder Löhne:**  
<http://www.cleanclothes.org/livingwage/calculating-a-living-wage>



**Nico Beckett**  
ist freier Journalist.  
[nico.beckett@gmx.net](mailto:nico.beckett@gmx.net)  
Blog: [www.zebralog.wordpress.com](http://www.zebralog.wordpress.com)

# Inkohärente Politik

Pakistans Ausfuhren stagnieren seit einem Jahrzehnt und gehen nun sogar zurück. Dabei haben nacheinander verschiedene Regierungen exportgestützte Entwicklung angestrebt. Finanzminister Ishaq Dar verspricht nun neue Anreize für Unternehmen, aber Beobachter bezweifeln, dass seine auf schnelle Erfolge angelegte Politik viel bringt.

Von Afshan Subohi

➔ Von Juli 2015 bis April 2016 – in den ersten zehn Monaten des vergangenen Finanzjahres – hat Pakistan Waren im Wert von 18 Milliarden Dollar exportiert. Das waren 6 Milliarden weniger als angestrebt. Wie seine Vorgänger es zu tun pflegten, fand auch Dar Gründe für den Misserfolg jenseits der heimischen Grenzen. Er nannte die niedrigen Weltmarktpreise für Rohstoffe und den Abschwung in China.

Dar zitiert schnell jedwede Quelle, die irgendwo auf der Welt Positives über Pakistans Wirtschaft zu sagen hat. Er scheint selbst aber nicht zu verfolgen, was in anderen Ländern passiert. Jedenfalls hat er öffentlich nicht dazu Stellung genommen, dass Vietnam oder Bangladesch in Sachen Exportwachstum bessere Zahlen vorweisen.

Dar präsentierte seinen aktuellen Haushaltsplan im Juni. Das neue Budget enthält Anreize für die Exportwirtschaft und wird vom Parlament voraussichtlich angenommen werden. Ziel ist, den Trend im laufenden Finanzjahr (bis Ende Juni 2017) umzukehren und die Ausfuhren um zehn Prozent zu steigern.

Bemerkenswerterweise hat die Regierung kein kohärentes Gesamtkonzept. Im März hatte Wirt-

schaftsminister Khurram Dastgir Khan den „Strategic Trade Policy Framework 2015–18“ verkündet, dem zufolge Pakistans jährliche Exporte von derzeit etwa 20 Milliarden Dollar bis 2018 auf 35 Milliarden anwachsen sollen. Das entspräche einem Zuwachs von 75 Prozent in drei Jahren. Dars Ehrgeiz, zehn Prozent im Jahr zu schaffen, wirkt dagegen recht bescheiden.

Dass der Finanzminister sich zu der Diskrepanz nicht äußert, wundert niemanden, der sich mit pakistanischer Politik auskennt. Er richtet sich nun mal nicht nach den anderen Kabinettsmitgliedern, sondern erwartet, dass diese sich seiner Politik anpassen. Ein Insider, der den Prozess der Haushaltsaufstellung gut kennt, sagt, Dar halte sich für den „De-facto-Regierungschef, wenn nicht mehr“. Dar wurde wohl darauf aufmerksam gemacht, dass seine Ziele unter denen des Strategic Trade Policy Framework liegen, worauf er nur kurz genickt haben soll, ohne weiter darauf einzugehen.

Diese inkonsistente Politik ist zutiefst irritierend, denn eine ganze Abfolge von Regierungen betont seit Jahrzehnten, die Integration Pakistans in den Weltmarkt sei für die Entwicklung des Landes wichtig.



## Schwieriger Kontext

Regierungen haben im krisengeschüttelten Pakistan einen Hang dazu, schnelle Lösungen zu suchen. Das Land ringt mit der historischen Last langer Phasen diktatorischer Herrschaft. Afghanistans Gewaltkonflikte haben zudem dreieinhalb Jahrzehnte lang Pakistans Gesellschaft militarisiert. Waffen sind leicht zu bekommen, und blutige Terroranschläge haben das Land erschüttert.

Angesichts dieser riesigen Probleme haben die Regierungschefs sich nicht intensiv um andere Dinge gekümmert. Das betrifft auch die Wirtschaftspolitik.

Der Staat hat die Volkswirtschaft nicht in die gewünschte Richtung lenken können, und die junge Demokratie leidet unter der intellektuellen Schwäche und moralischen Korruption ihrer Eliten. Infrastrukturdefizite und logistische Flaschenhälse erschweren die Unternehmenstätigkeit, aber diese Probleme werden nicht angegangen.

Viele betrachten heute die 1990er als verlorenes Jahrzehnt. Im Schnitt blieben damals Regierungen nur anderthalb Jahre im Amt, obwohl eine volle Legislaturperiode fünf Jahre betragen hätte. Benazir

Bhutto und Nawaz Sharif traten beide zweimal als Regierungschefs an, stürzten dann aber schnell.

1998 ergriff das Militär die Macht. General Musharraf regierte neun Jahre lang. Dann gewann die Pakistan People's Party die Wahlen, kurz nachdem ihre Vorsitzende und Spitzenkandidatin Benazir Bhutto ermordet worden war. Positiv war allerdings, dass die PPP eine ganze Legislaturperiode durchhielt und die Macht dann 2013 der Pakistan Muslim League von Nawaz Sharif nach deren Wahlsieg übergab.

Gewählte Regierungen sagten das ebenso wie solche, die das Militär an die Macht brachte. Seit 30 Jahren sollen Exporte Pakistans Wachstum antreiben.

## Paradigmenwechsel unter Zia ul Haq

Nach der Unabhängigkeit vom britischen Kolonialreich betrieben pakistanische Regierungen zunächst eine Politik der Nationalisierung und der Importsubstitution. Das änderte sich unter der Herrschaft von General Zia ul Haq, der von der Idee eines islamischen Sozialismus abrückte und auf Privatisierung, Deregulierung und freie Märkte setzte. Seither verfolgen alle Regierungen diesen Ansatz und versprechen, den Raum, den Staatsbetriebe in verschiedenen Branchen einnehmen, für private Unternehmen zu öffnen und die Volkswirtschaft für den globalen Wettbewerb fit zu machen.

Westliche Regierungen und internationale Institutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds oder die Asiatische Entwicklungsbank unterstützen diesen Kurs. Sie bieten nicht nur Rat an, sondern unterstützen Pakistans Wirtschaftspolitik auch finanziell (Entwicklungshilfe, Zuschüsse und vergünstigte Kredite).

Allerdings erfüllen jegliche Bemühungen, die Ausfuhren zu steigern, bislang die Erwartungen nicht. Trotz diverser Handelsabkommen und vergünstigten Marktzugangs in verschiedenen Ländern stagniert Pakistans Exportvolumen seit einiger Zeit zwischen 20 Milliarden und 24 Milliarden Dollar und fiel im vergangenen Finanzjahr sogar unter 20 Milliarden. Dass die EU Pakistan 2015 den begehrten Status „GSP Plus“ in ihrem allgemeinen Präferenzsystem (GSP – General Scheme of Preferences) gewährte, hatte keine nennenswerten Folgen.

Zur Verteidigung der Spitzenpolitiker lässt sich allerdings sagen, dass sie mit riesigen Problemen ringen. Die Sicherheitslage ist angespannt und erfordert hohe Aufmerksamkeit. Jahrzehntelange Kriege und Konflikte in Afghanistan haben das Land in Mitleidenschaft gezogen. Es gibt auch kaum Chancen, den regionalen Handel mit den Nachbarn Indien, China, Afghanistan und Iran auszubauen. Zu allem Überfluss wird Pakistan obendrein immer wieder von innenpolitischen Krisen erschüttert (siehe Kasten, S. 26).

## Neuer Anlauf

Das aktuelle Konzept des Finanzministers entspricht dem Hang pakistanischer Regierungen zur Suche nach schnellen Lösungen. Dem aktuellen Haushaltsentwurf zufolge sollen fünf Wirtschaftszweige – Textilien, Leder, Sportartikel, Teppiche und einfache medizinische Güter – von exportfördernden Maßnahmen profitieren. Alle fünf sind Niedriglohn-Branchen, die



Pacific Press Agency/picture-alliance

wenig Fachkenntnisse erfordern. Pakistan hat in den vergangenen Jahrzehnten versäumt, eine technologisch anspruchsvolle Branche aufzubauen.

Dar plant Steuerbefreiungen für die fünf genannten Branchen und verspricht ihnen Steuererleichterung auf die Beschaffung von Rohstoffen, Energie (Strom und Treibstoff) und Vorprodukten. Alle ausstehenden Steuererstattungen sollen zudem schnell erfolgen.

Paradoxerweise sehen Pakistans Großunternehmen aber zunehmend Chancen im eigenen Land. Über 180 Millionen Einwohner machen Pakistan zu dem zweitbevölkerungsreichsten Land Südasiens, und die heimische Nachfrage ist entsprechend groß. Offenkundig blüht auch der informelle Sektor, der Verbraucherwünsche erfüllt. Derweil erfreut sich auch Markenware aus dem Ausland wachsender Beliebtheit.

Viele Spitzenmanager in Pakistan scheinen sich derzeit entsprechend umzuorientieren. Ihr Interesse am Binnenmarkt wächst, ob sie nun für die Produktion von Textilien, Zement oder Lebensmitteln verantwortlich sind. Bekannte Firmen wie Engro, Gul Ahmed, Nishat, Al karam, Khadi, Lucky Cement, K&N, 14<sup>th</sup> Street Pizza und andere arbeiten derzeit alle an Strategien für heimische Expansion.

Wenn viele Manager sich so orientieren, muss das profitträchtig sein. Ob es der Entwicklung des Landes dient, steht auf einem anderen Blatt. Es ist schwer zu sehen, wie solche Geschäftsmodelle zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit führen sollen. ←

Gerberei-Arbeiter in Lahore.



**Afshan Subohi**  
ist pakistanische Wirtschaftsjournalistin und arbeitet für die große Tageszeitung Dawn.  
asubohi@hotmail.com

# An den Armen vorbei

Die indische Regierung will die verarbeitende Industrie stärken. Mit dem Programm „Make in India“ schafft sie unter anderem Anreize für ausländische Direktinvestitionen (foreign direct investment – FDI), mehr Liberalisierung und Infrastrukturentwicklung. Die lahrende Wirtschaft Indiens als Ganzes wird aber voraussichtlich kaum davon profitieren.

Von Aditi Roy Ghatak

➔ 2014 startete Regierungschef Narendra Modi eine große Initiative zur Stärkung des produzierenden Gewerbes im Land. Er lud Unternehmen und andere Länder dazu ein, in Produktionsbetriebe in Indien zu investieren. „Make in India“ stieß weltweit auf viel Lob, obwohl es sich um eine modifizierte Version der National Manufacturing Policy handelt, einer Richtlinie von Modis Vorgänger Manmohan Singh aus dem Jahr 2011.

Premierminister  
Narendra Modi auf  
einer PR-Veranstaltung  
in Mumbai.

Singh versprach damit 100 Millionen neue Jobs im produzierenden Gewerbe bis 2021. Außerdem wollte er dessen Anteil am indischen Bruttonationalprodukt (BNP) von 16 auf 25 Prozent steigern. Innovationen und die Schaffung von Arbeitsplätzen standen im Mittelpunkt der Initiative. Modi verspricht nun das Gleiche und erlaubt eine hundertprozentige FDI-Eigentümerschaft in rund einem Dutzend Branchen. In drei Branchen sind die zulässigen FDI-Anteile geringer: 74 Prozent in der Raumfahrtindustrie, 49 Prozent im Rüstungsbereich und 26 Prozent bei neuen Medien.

Die Regierung will die Infrastruktur schaffen, die Produktionsunternehmen benötigen, Arbeiter ausbilden und sogar freiwillig geistige Eigentumsrechte anerkennen, etwa bei Arzneimitteln, obwohl sie laut WTO nicht dazu verpflichtet ist. Sie baut darauf, dass sowohl einheimische als auch multinationale Unternehmen in Fertigungskapazitäten in Indien investieren, um die Exportmärkte zu bedienen.

„Make in India“ hat mithilfe einer großen internationalen PR-Kampagne einige FDI-Zusagen erzielt. An einer „Make in India-Woche“ im Februar in der Wirtschaftsmetropole Mumbai nahmen Regierungs- und Wirtschaftsvertreter aus rund 70 Ländern teil.

Die tatsächlichen Kapitalzuflüsse zeichnen jedoch ein anderes Bild: Zwischen April 2015 und November 2016 betrug das zusätzliche ausländische Beteiligungskapital 24,8 Milliarden Dollar. Mehr als 60 Prozent davon kamen aus nur zwei Ländern: Singapur und Mauritius. Und die Regierung räumt selbst ein, dass diese Zuflüsse unter Umständen nicht durchweg tatsächliche Investitionen sind, sondern möglicherweise Umschichtungen, um in den Genuss von Steuervorteilen zu kommen. Beide Länder haben mit Indien ein Doppelbesteuerungsabkommen. Nichtsdestotrotz konnte Indien mithilfe der Kapitalzuflüsse sein Leistungsbilanzdefizit verringern und sein Kreditrating verbessern.

Ob der Arbeitsmarkt wie versprochen profitiert, ist jedoch fraglich. Experten stellen den zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften in der Fertigung in Frage. Für ein Produkt, an dessen Herstellung vor zehn Jahren elf Arbeiter beteiligt waren, brauche man heute nur noch sechs, sagt D.K. Joshi, Chefökonom der indischen Ratingagentur Crisil. Im Wahlkampf hatte Modi der jungen Generation 10 Millionen neue Arbeitsplätze pro Jahr versprochen. Die Jobs werden dringend gebraucht, sind aber nach wie vor nicht vorhanden.

Unterdessen warten die Banken mit fürchterlichen Bilanzen auf, und die Regierung trennt sich von ihrem Notenbankchef Raghuram Rajan, der sich der Linie der Regierungspartei widersetzt. Noch nicht einmal die Exportdaten bieten Lichtblicke: Indiens Warenex-



Kalade/AP Photo/picture-alliance

port schrumpfte im Juli um 6,8 Prozent auf 21,6 Milliarden Dollar, während die Einfuhren um 19 Prozent auf 29,4 Milliarden Dollar einbrachen. Viele Hersteller von Exportwaren haben Arbeitsplätze abgebaut. Insgesamt sind in der ersten Hälfte des laufenden Steuerjahres nur 5000 neue Jobs entstanden. Im gleichen Vorjahreszeitraum waren es noch 271 000. Allein in der Vorzeigebbranche Automobilherstellung gingen 23 000 Arbeitsplätze in exportorientierten Werken verloren.

## Mittelmäßigkeit

Indiens verarbeitende Industrie besteht aus einem Meer der Mittelmäßigkeit, aus dem einzelne Leuchttürme herausragen. Der Beitrag der Branche zum BNP stagniert bei 16 Prozent, und sie schaffte zwischen 2005 und 2012 nach Daten der OECD nicht einmal 10 Millionen Arbeitsplätze (Journard et al., 2015). Bei einer Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen ist das verschwindend wenig. Betriebe mit unter 20 Mitarbeitern beschäftigen zwei Drittel der Arbeitskräfte im produzierenden Gewerbe.

Indien hat nicht den klassischen Transformationsprozess vom primären Wirtschaftssektor (Landwirtschaft und Rohstoffe) über den sekundären Sektor (Produktion) zum tertiären Sektor (Dienstleistungen) durchlaufen. Stattdessen ist das Land direkt in den Dienstleistungsbereich eingestiegen – dank einer großen Anzahl Arbeitskräfte mit guten mathematischen und Englischkenntnissen, die den weltweiten Markt für Datenverarbeitung bedienen. Doch selbst der IT-Bereich leidet unter schwindender Nachfrage. Die Finanzdienstleistungsbranche steht dagegen gut da.

Alles in allem scheint sich die Agenda der Regierung wenig an den Bedürfnissen der Bevölkerung zu orientieren. Zum Beispiel beugt sie sich der internationalen Pharmlobby, indem sie geistige Eigentumsrechte anerkennt, wodurch wichtige Medikamente in Indien teurer werden. Das kommt multinationalen Konzernen entgegen, ist einer bezahlbaren Gesundheitsversorgung der Armen aber nicht förderlich.

Modi verfolgt offensichtlich andere Prioritäten. Dank seiner diplomatischen Bemühungen haben die USA Indien offiziell als „wichtigen Verteidigungspartner“ anerkannt. Die Annäherung erleichtert Indiens Zugang zu hochentwickelten US-Waffen und -Waffentechnik, um Armee und Rüstungsindustrie zu modernisieren. Wie viel davon tatsächlich in Indien produziert werden wird, ist noch unklar.

Wirtschaftsführer zeigen branchenübergreifend wenig Begeisterung für das neue Investitionsumfeld. Kritiker erwarten, dass „Make in India“ letztlich dazu führt, dass ausländische Unternehmen Werke in Indien eröffnen und dort aus billigen Arbeitskräften,

staatlichen Subventionen sowie laxen Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsgesetzen Profit schlagen.

Die offizielle Sprachregelung ist natürlich eine andere. Modi spricht gerne von „zero defect, zero effect“. Damit meint er, dass die in Indien hergestellten Produkte so gut sein werden, dass ausländische Abnehmer sie nicht reklamieren, und dass der Umweltschutz so gut sein wird, dass die Natur keinen Schaden nimmt. Die selbstgesteckten Ziele sind jedoch nicht leicht zu erfüllen. Eins der Vorzeigeprodukte der „Make in India“-Kampagne sollte ein in Indien hergestelltes nur rund vier Dollar teures Smartphone sein. Am Ende mussten die ersten 5 Millionen Geräte aus Taiwan importiert werden.

Der Premierminister eifert ganz offensichtlich China nach. Aber in Indien herrschen andere Voraussetzungen. China ist eine Diktatur, die weder unabhängige Gewerkschaften zulässt noch Arbeitnehmerrechte respektiert. Die indischen Gewerkschaften sind aber gegen „Make in India“.

Als China begann, für den Weltmarkt zu produzieren, wuchs die globale Wirtschaft. Die billigen Arbeitskräfte und Fabriken holten die Produktion von Weltklasse-Technologien ins Land. Diesen Zug hat Indien verpasst. Auf der anderen Seite verfügt Indien bereits über Privatunternehmen, die auf dem Weltmarkt sehr gut dastehen, und es braucht kein FDI, um die industrielle Fertigung in Schwung zu bringen (s. E+Z/D+C e-Paper 2015/12, S. 20 und 2016/02, S. 32).

Das Land sollte sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen es über Wettbewerbsvorteile verfügt, und auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die niemanden ausschließt. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, Umweltschutz und Energiesicherheit auf der Grundlage erneuerbarer Energien sind wichtige Handlungsfelder. Soziale und Gesundheitseinrichtungen, erstklassige Infrastruktur und schnell arbeitende Behörden sind Voraussetzungen für ein Wachstum, das 500 Millionen Inder aus der Armut befreien kann. „Make in India“ geht dagegen an den Armen vorbei.

Besorgniserregend ist zudem, dass ausländische Portfolio-Investoren immer mehr Einfluss auf den indischen Aktienmarkt gewinnen. Vielleicht sollte Indien sich auf andere Art ein Beispiel an China nehmen. Die Volksrepublik zieht immer mehr ausländische Investoren an, weil diese ihre Produkte an die riesige Bevölkerung verkaufen wollen. Indiens Bevölkerung ist fast genauso groß und wenn sie die gleiche Kaufkraft hätte, wäre sie ein ebenso attraktiver Absatzmarkt. ←

### Link

Journard, I., Sila, U. und Morgavi, H., 2015: Challenges and opportunities of India's manufacturing sector. OECD.  
[http://www.oecd-ilibrary.org/economics/challenges-and-opportunities-of-india-s-manufacturing-sector\\_5js719q14m0q-en](http://www.oecd-ilibrary.org/economics/challenges-and-opportunities-of-india-s-manufacturing-sector_5js719q14m0q-en)



Aditi Roy Ghatak  
ist freie Journalistin.  
[aroyghatak1956@gmail.com](mailto:aroyghatak1956@gmail.com)

# Neue Strategie für Afrika

Ein politisch stabiles und friedliches Umfeld ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. Umgekehrt ist eine florierende Wirtschaft ein wichtiger Faktor, um politische Stabilität zu sichern. Zudem befördert internationaler Austausch Kenntnisse und Techniken. Deutschland und Europa müssen ihren Schwerpunkt von der Armutsbekämpfung auf die Förderung wirtschaftlichen Engagements von Unternehmen verlagern.

Von Christoph Kannengießer

➔ Botswana ist politisch stabiler als Deutschland. Das besagt der Ländervergleich der Weltbank. Namibia und der Inselstaat Mauritius liegen in dem Ranking zwar hinter der Bundesrepublik, aber immer noch vor den USA, Großbritannien und Frankreich. Auch andere Länder Afrikas stehen gut da.

Für fast alle Staaten südlich der Sahara gilt: Die politische Stabilität hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich verbessert. Es gibt weniger Konflikte, mehr demokratische Wahlen und mehr friedliche Machtwechsel. Das Klischee vom Kontinent der Krisen und Konflikte trifft nicht mehr zu.

Trotzdem entsteht allzu oft der Eindruck, dass Afrika zu unsicher und chaotisch sei, um dort Geschäfte zu machen. Dabei wird oft vergessen, dass der Kontinent aus 54 Ländern besteht. Diese werden sehr unterschiedlich regiert und sind mit unterschiedlichen Ressourcen gesegnet. Natürlich gibt es Bürgerkriege, Korruption und auch schlecht regierte Länder. Doch andererseits tun zahlreiche Regierungen viel, um das Investitionsklima zu verbessern. Dementsprechend entwickelt sich jedes Land anders.

Viele afrikanische Staaten sind nicht nur politisch stabil, sondern auch vergleichsweise wohlhabend. In Südafrika, Namibia und Algerien liegt das Pro-Kopf-Einkommen beispielsweise höher als in China. In Metropolen wie Lagos und Nairobi hat sich längst eine Mittelschicht gebildet, die ähnliche Konsumbedürfnisse hat wie jene in Industrieländern. Afrika entwickelt sich dort sehr positiv, wo private Akteure und Unternehmer das Handeln bestimmen.

Derzeit leben in Afrika mehr als eine Milliarde Menschen; 2050 werden es doppelt so viele sein. Das Bevölkerungswachstum ist einer der Treiber des ökonomischen Wachstums. Andererseits ist es eine enorme Herausforderung für einzelne Länder. Der

Senegal wächst dieses Jahr um fast 200 000 Menschen, Ägypten um 900 000, Nigeria um 2 Millionen und ganz Afrika um 30 Millionen Einwohner. 2050 wird Nigeria das drittbevölkerungsreichste Land der Erde hinter Indien und China sein. Bis dahin braucht Afrika laut EU-Kommission 400 Millionen Jobs.

Um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, müssen Afrikas Rohstoffe künftig vor Ort verarbeitet werden. Nur so kann eine höhere Wertschöpfung erreicht und die Abhängigkeit von Importen vermindert werden. Die verarbeitende Industrie trägt in Subsahara-Afrika bislang nur 13 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. Das ist zwar mehr als etwa in Großbritannien oder Frankreich, aber weit weniger als in China und anderen Schwellenmärkten. Ähnlich sieht es bei der industriellen Exportleistung aus: Nur ein Viertel der afrikanischen Exporte entfällt auf Industriegüter. In vielen ost- und südasiatischen Ländern liegt der Anteil bei drei Vierteln.

Auch die Nachfrage nach Industriegütern ist noch gering. Der Wert deutscher Maschinenlieferungen nach Subsahara-Afrika ist zuletzt zwar auf 4,4 Milliarden Euro gestiegen. Nach Asien wurde aber knapp das Zehnfache und nach Europa fast das 20-Fache verschickt. Es fehlt an Infrastruktur, Energie und Personal, um in Afrika zu produzieren, oder auch, um dorthin gelieferte Maschinen zu warten. An diesen Engpässen muss angesetzt werden.

Nachdem jahrzehntelange Entwicklungshilfe den Kontinent wenig vorangebracht hat – Kritiker machen diese gar für den nach wie vor großen Entwicklungsrückstand mitverantwortlich – setzt sich immer mehr die Auffassung durch, dass Afrika nur durch privatwirtschaftliches Engagement der Sprung aus der Armut und der Anschluss an die globale Wirtschaft gelingen kann. Der Kontinent braucht Investitionen lokaler und internationaler Unternehmen.

## Stabilität fördert wirtschaftliche Entwicklung

Viele Faktoren können zu politischer Instabilität und Unmut in der Bevölkerung führen, zum Beispiel Grenzkonflikte oder die Aushebelung von Amtszeitbeschränkungen. Oft lösen Terrorangriffe und eine hohe Arbeitslosigkeit Wirtschaftsprobleme und soziale Unruhen aus. Auch Naturkatastrophen und Klimaveränderungen mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen können das Risiko für Kriege und gesellschaftliche Konflikte erhöhen. Diese zerstören, was vorher mühsam aufgebaut wurde.

Wirtschaftliche Entwicklung kann nur da stattfinden, wo die Rahmenbedingungen stimmen. Regierungen brauchen öffentliche Einnahmen, das heißt, sie müssen mehr beziehungsweise überhaupt Steuern einnehmen. Staatliche Institutionen müssen verlässlich und effizient arbeiten, Korruption und Kapitalflucht muss unterbunden und Rechtsstaatlichkeit hergestellt werden. Die beste Sicherheitspolitik ist daneben die vorsorgende Außenpolitik.

Nur fünf Prozent der Afrikaner leben in einem Krisengebiet. Eine ganze Reihe Länder sind politisch stabil und fungieren als Entwicklungsmotoren für ihre Regionen oder sogar den ganzen Kontinent. Die Mittelschichten wachsen, und jedes zweite afrikanische Land gehört inzwischen zu den Ländern mit mittleren Einkommen.

Die gute Entwicklung zeigt sich unter anderem am Beispiel Äthiopiens. Das Land ist auf dem Weg zum landwirtschaftlichen Selbstversorger und gilt trotz aktueller Dürre und ethnischer Auseinandersetzungen als entscheidender Stabilitätsanker am Horn von Afrika. Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land und die größte Volkswirtschaft Afrikas. Im vergangenen Jahr gab es einen Regierungswechsel mit friedlichen und demokratischen Wahlen. Nur wenig später erhielt das nationale Dialogquartett in Tunesien den Friedensnobelpreis für die Bemühungen beim Aufbau einer pluralistischen Demokratie.

Als afrikanische Vorzeigedemokratien gelten laut Random Freedom House Index beispielsweise Botswana, Benin, Namibia, Ghana, der Senegal, Mauritius und die Kapverden. In vielen dieser Länder sind die Direktinvestitionen und die Importe in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Selbst krisengeschüttelte Regionen sind auf einem guten Weg. Somalia ist nach dem beispiellosen Staatszerfall von 1991 auf dem Weg zur Stabilisierung. Und im Kampf gegen die Terrorgruppe Boko Haram haben sich einige westafrikanische Länder zusammengeschlossen und erste Erfolge erzielt.

Wie sehr die wirtschaftliche Entwicklung mit der politischen Stabilität eines Landes zusammenhängt, lässt sich auch an den Folgen des niedrigen Ölpreises ablesen. So gerieten Nigeria und Südafrika durch die gefallen Rohstoffpreise und den damit einhergehenden dramatischen Rückgang der Export- und Staatseinnahmen in Schwierigkeiten. In Südafrika ist es in der jüngsten Vergangenheit immer wieder zu Unruhen gekommen, und im Norden Nigerias terrorisiert Boko Haram die Bevölkerung.

Erdölimportierende Länder wie Tansania, Kenia und der Senegal konnten von den niedrigen Ölpreisen profitieren, auch dank ihrer besser diversifizierten Exportwirtschaft. Das höchste Wachstum wird derzeit in der Côte d'Ivoire erwartet aufgrund solider Politik und hoher Einnahmen durch den Kakaosexport.

Positive Veränderungsprozesse verdienen nicht nur Anerkennung, sondern auch Unterstützung. Perspektiven für die Menschen wachsen, wenn Strukturen und andere Voraussetzungen für leistungsfähige Volkswirtschaften vor Ort entstehen. Lokale und internationale Unternehmen müssen diesen Prozess gestalten. Sowohl die Stärkung des lokalen Privatsektors als auch die Förderung von wirtschaftlichem Engagement ausländischer Unternehmen sind daher notwendig.

*Äthiopien ist auf dem Weg zum landwirtschaftlichen Selbstversorger.*



Hase/picturealliance/dpa



Alamba/AP Photo/picture-alliance

Die Mittelschicht in afrikanischen Metropolen hat ähnliche Konsumbedürfnisse wie jene in Industrieländern. Modenschau in Lagos.



**Christoph Kannengießer**  
ist Hauptgeschäftsführer des Afrikaverains der deutschen Wirtschaft.  
[voss@afrikaverain.de](mailto:voss@afrikaverain.de)

In Deutschland und Europa muss eine Wende vollzogen werden: weg von der Armutsbekämpfung, hin zur Förderung wirtschaftlichen Engagements von Unternehmen. Wenn es für Firmen attraktiver und weniger risikoträchtig wird, in Afrika zu investieren und Geld zu verdienen, dann wird sich der Aufholprozess deutlich beschleunigen.

Es gibt Instrumente, die einfach umzusetzen sind und dem Bedarf der Firmen entsprechen, die sich in Afrika engagieren wollen. Ganz oben auf der Wunschlister stehen leichter zugängliche und günstigere Garantien für Exporte, für die Projektentwicklung und auch für Investitionen. Hier ist die Bundesregierung weiterhin zögerlich. Das muss sich ändern. Zugleich sollte stärker in die Infrastruktur und die Energieversorgung investiert und gemeinsam mit der Wirtschaft praxisorientiert ausgebildet werden.

Die Europäische Kommission will im Zuge der anvisierten sogenannten Migrationspartnerschaften beim Thema Garantien mehr tun als bisher. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die europäische Industrie zu motivieren, in Afrika mit Kapital und Know-how einzusteigen und damit auch zur Entwicklung der Länder beizutragen. Dass die Garantien

allerdings nur für die Hauptherkunfts- und Transitländer von Flüchtlingen gelten sollen, ist kurzfristig und interventionistisch und setzt bei den afrikanischen Staaten völlig falsche Anreize.

Besser wäre es, sich an den Bedürfnissen der Firmen und der Wirtschaftspolitik der afrikanischen Länder zu orientieren. Profitieren sollte vor allem, wer ein gutes Klima für Investitionen schafft, die Wirtschaft diversifiziert und Perspektiven für die Bevölkerung schafft. Statt vorrangig die ärmsten Länder zu unterstützen, sollte die Entwicklungshilfe ihre Anstrengungen künftig also auch auf Länder fokussieren, die Modernisierungsmotoren für den ganzen Kontinent sein können.

Weit mehr als die Hälfte der Afrikaner ist jünger als 25 Jahre. Die meisten jungen Menschen haben Smartphones und verfolgen Nachrichten im Internet. Sie wissen genau, wie die Menschen in anderen Regionen der Welt leben. Wenn es nicht gelingt, die junge Generation in Arbeit zu bringen, drohen Verelendung und Aufruhr. Viele werden ihr Land verlassen. Deutsche und europäische Unternehmen können einiges dazu beitragen, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Die Politik ist gefordert, sie dabei zu unterstützen und Hürden zu beseitigen. ←

# Mäßige Wirkung

Die Fachliteratur spiegelt ein mehrdeutiges Bild von der Wirkung von Aid for Trade (AfT)-Maßnahmen auf die Exportkapazitäten der Empfängerländer wider. Empirische Studien zeigen, dass die quantitative Wirkung recht gering ist und dass Länder mit mittlerem Einkommen mehr davon profitieren als Länder mit geringem Einkommen.

Von Peter Nunnenkamp und Rainer Thiele

→ Die AfT-Initiative wurde 2005 auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong beschlossen, um Entwicklungsländern zu helfen, ihre Defizite in Bezug auf Produktion und Infrastruktur zu überwinden und ihre Integration in den internationalen Handel zu unterstützen (OECD/WTO 2011). Seitdem zahlten Geber 265 Milliarden Dollar an offizieller Entwicklungshilfe (ODA) – plus weitere 190 Milliarden Dollar in anderer Form zur Handelsförderung (OECD/WTO 2015).

Die durchführenden Organisationen loben die AfT-Initiative als uneingeschränkten Erfolg. Laut dem aktuellen AfT-Report von 2015 zeigen „besonders die von den Empfängerländern vorgelegten Fallstudien, dass diese Programme die Handelsleistung verbessert, Arbeitsplätze – auch für weibliche Arbeitnehmer – geschaffen und weitere in- und ausländische Investitionen angelockt haben“ (OECD/WTO 2015). Das widerspricht der wissenschaftlichen Literatur, die zu widersprüchlichen Ergebnissen in Bezug auf die Wirksamkeit von Hilfszahlungen für die Handelsleistungen der Empfängerländer kommt. Weit verbreitet wird angenommen, dass Geber ODA als Mittel einsetzen, um ihre eigenen Handelsinteressen zu fördern (z.B. Berthélemy 2006; Hoefler und Outram 2011).

Der größte Teil von Aid for Trade wird in den Aufbau von Infrastruktur wie Transport, Kommunikation und Energieversorgung investiert. Das Argument, eine verbesserte Infrastruktur stimuliere die Exporte eines Landes, findet viel Unterstützung. Es wird dabei oft vernachlässigt, dass Geberexporte durch eine bessere Infrastruktur ebenfalls gefördert werden. Es gibt sogar Vermutungen, dass Geber absichtlich in Infrastrukturprojekte investieren, die ihren eigenen Exportinteressen dienen.

Andere Beobachter sehen weitere egoistische Motive der Geber. Die regionale Verbreitung von AfT war traditionell zugunsten Asiens verzerrt, obwohl viele Entwicklungsländer in dieser Region bereits gut in den Welthandel integriert waren, wohingegen afrikanische Länder weniger Handelshilfe erhielten. Es ist ebenso bemerkenswert, dass Länder mit geringem Einkommen zwischen 2006 und 2013 nur 29 Prozent der gesamten AfT erhielten.

## Handel in beide Richtungen fördern

Vor diesem Hintergrund untersuchten Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zusammen mit Kollegen der Kieler Universität und der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg die Wirkung der AfT von OECD-Geberländern auf Exporte und Importe von Empfängerländern.

Als Erstes fokussierten sich die Wissenschaftler auf die Handelsbeziehungen zwischen Gebern und Empfängern. Ziel war, die Wirkung von AfT auf Handelsflüsse in beide Richtungen mit Hilfe von statistischen Tests zu identifizieren. Die Erwartung war, dass – wenn das Geberinteresse keine Rolle spielt – die Exporte von Empfängerländern in Geberländer stärker wachsen sollten als die Importe.

Übereinstimmend mit der empirischen Annahme fördert AfT Handel in beide Richtungen. Eine Verdoppelung von AfT bedeutet, dass die Exporte vom Empfänger- zum Geberland um ungefähr fünf Prozent steigen, während die Importe vom Geber zum Empfänger um etwa drei Prozent zunehmen. Dieses Ergebnis stützt also nicht die Vermutung, dass Geber AfT hauptsächlich aus eigenem Exportinteresse gewähren.

Am augenfälligsten ist, dass die Wirkung von AfT nur mäßig zwischen verschiedenen Arten von Geberländern variiert. Der quantitative Effekt von AfT auf die Exporte der Empfänger ist relativ gesehen größer für die Untergruppe der Geber, die generell als altruistisch eingestuft werden wie Dänemark und die Niederlande. Dennoch gibt es keinen Beweis, dass Geber wie Frankreich, die als eher egoistisch gelten, AfT hauptsächlich dafür nutzen, um ihre eigenen Interessen zu fördern.

## Nachteile

Nichtsdestotrotz verweisen die Wissenschaftler auf Nachteile der AfT-Initiative. In Ländern mit geringem Einkommen, wo Angebotsengpässe am stärksten ausgeprägt sind, war die positive Wirkung auf Exporte geringer als in Ländern mit mittlerem Einkommen.

Im Gegenteil hat AfT in Ländern mit geringem Einkommen sogar die Importzahlen erhöht.

Die Ergebnisse für verschiedene Regionen weisen in dieselbe Richtung. AfT fördert Exporte aus Ostasien und Lateinamerika mehr als aus Subsahara-Afrika, wo es am meisten benötigt wird. Gleichzeitig führt AfT zu mehr Importen aus Geberländern hauptsächlich in Subsahara-Afrika.



**Peter Nunnenkamp** ist Wissenschaftler beim Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel und arbeitet in den Bereichen „Armutsminderung und Entwicklung“ und „internationale Arbeitsteilung“. [peter.nunnenkamp@ifw-kiel.de](mailto:peter.nunnenkamp@ifw-kiel.de)

*Aid for Trade soll die Exporte eines Landes diversifizieren: Produktion von Gartenmöbeln in Ghana.*



**Rainer Thiele** ist Leiter des Forschungsbereichs „Armutsminderung und Entwicklung“ beim IfW und Honorarprofessor der Universität Kiel. [rainer.thiele@ifw-kiel.de](mailto:rainer.thiele@ifw-kiel.de)

Im nächsten Schritt analysierten die Wissenschaftler, ob AfT hilft, die Handelsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern zu fördern. Positive Auswirkungen auf den Süd-Süd-Handel wären ein starker Indikator dafür, dass AfT effektiv ist und dass Geberinteressen keine Rolle spielen. Und in der Tat scheint AfT die Exporte eines Landes in andere Länder mit geringem und mittlerem Einkommen zu fördern und ebenso die Importe aus diesen Ländern. Wenn zwischen Ländern mit geringem und mittlerem Einkommen unterschieden wird, lässt die Beweislage vermuten, dass AfT die Handelsbilanz von Ländern mit geringem Einkommen im Süd-Süd-Handel verbessern kann. Solch ein von AfT verursachter Süd-Süd-Handelsüberschuss könnte dann für Importe aus Ländern mit hohem Einkommen genutzt werden, die benötigt werden, um wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Zum Schluss wurde die Frage gestellt, ob AfT den Empfängerländern hilft, ihre Exporte aufzuwerten und zu diversifizieren, weil die Abhängigkeit von Rohstoffen ein großes Problem vieler Entwicklungsländer ist. Es stellte sich heraus, dass AfT die Rohstoffexporte der Empfängerländer kaum beeinflusst, aber den Export von verarbeiteten Produkten vorantreibt. Das impliziert, dass AfT die Exportprodukte der Empfängerländer aufwertet. Zugleich kann ausgeschlossen werden, dass die AfT-Initiative nur durch eigennützige Geber ins Leben gerufen wurde, die besseren Zugang zu Rohstoffen erlangen wollten.

Alles in allem haben die Empfänger mindestens genauso viel von Aid for Trade profitiert wie die Geber selbst. Während sich die Annahme, dass Geber AfT vor allem deshalb gewähren, um ihren eigenen Export voranzutreiben, als falsch herausstellte, sollten die Empfänger aber auch nicht zu viel von AfT erwarten: Der quantitative Effekt ist mäßig, und Länder mit mittlerem Einkommen profitieren in der Regel mehr davon als arme Länder.

Hinsichtlich politischer Maßnahmen könnte es hilfreich sein, den Fokus weg von Infrastruktur und Produktion in Richtung Unterstützung der Handelspolitik und bei Regularien zu verlagern. Möglicherweise könnten Geber mehr Integration der Empfängerländer in den Welthandel erreichen, wenn sie eine relativ kleine Summe für technische Hilfe zur Erleichterung des Handels gewähren, anstatt die gleiche Summe in Infrastruktur oder den Produktionssektor zu investieren. Geber sollten außerdem die Schieflage bei der Vergabe von AfT beseitigen. Um mehr Wir-



Gilling/Linear

kung zu erzielen, reicht es aber nicht aus, den Fokus auf Länder mit geringem Einkommen zu richten. Es müssen ebenso länderspezifische Kriterien definiert werden, um geeignete Empfänger mit günstigen Vor-Ort-Bedingungen zu finden. ←

#### Literatur

- Berthélemy, J.-C., 2006:** Bilateral donors' interest vs. recipients' development motives in aid allocation: Do all donors behave the same? *Review of Development Economics* 10(2).
- Hoeffler, A. und Outram, V., 2011:** Need, merit, or self-interest – what determines the allocation of aid? *Review of Development Economics* 15(2).
- Hühne, P., Meyer, B. und Nunnenkamp, P., 2014a:** Who benefits from aid for trade? Comparing the effects on recipient versus donor exports. *Journal of Development Studies* 50(9).
- Hühne, P., Meyer, B. und Nunnenkamp, P., 2014b:** Does aid-for-trade from the north promote south-south trade? *Applied Economics Letters* 21(17).
- Hühne, P., Meyer, B. und Nunnenkamp, P., 2015:** Aid for trade: Assessing the effects on recipient exports of manufactures and primary commodities to donors and non-donors. In: *Handbook on the Economics of Foreign Aid* (eds. M. Arvin and B. Lew), Edward Elgar Publ., Cheltenham 2015.
- OECD und WTO, 2011:** Aid for trade: Showing results. Policy Brief. [http://www.oecd.org/dac/aft/Policy\\_brief\\_Aft\\_Showing\\_Results.pdf](http://www.oecd.org/dac/aft/Policy_brief_Aft_Showing_Results.pdf)
- OECD und WTO, 2015:** Aid for trade at a glance 2015: Reducing trade costs for inclusive, sustainable growth. OECD Publishing, Paris.

# Öl und Entwicklung

Als arme Länder anfangen, Erdöl zu fördern, glaubten sie, den Schlüssel zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand in der Hand zu halten. Seither reißt die Debatte über die Wirkungen des Ressourcenreichtums auf die Förderländer nicht ab. War die Literatur zum Thema lange Zeit von tiefer Skepsis geprägt, so fällt sie heute differenzierter aus.

Von Nassir Djafari

➔ Mitte der 1990er Jahre überwogen die kritischen Stimmen in der Fachliteratur. So stellten Sachs/Warner (1995) in einer empirischen Analyse von 97 Entwicklungsländern über den Zeitraum von 1971 bis 1989 fest, dass ressourcenreiche Länder langsamer wuchsen als ressourcenarme Länder. Die Verfügbarkeit von hohen Ölerträgen führe zu Begehrlichkeiten und Verteilungskämpfen innerhalb der Elite. Der Rohstoffboom bewirke die Aufwertung der nationalen Währung mit der Folge, dass die Exporte des Nicht-Ölsektors auf dem Weltmarkt teurer würden. Dieser als „Dutch Disease“ bezeichnete Effekt behindere die einheimische Industrie und verstärke die Abhängigkeit vom Öl.

Karl (1997) führte in dem Standardwerk „The Paradox of Plenty“ diese Argumentation fort, indem er feststellte, dass der Ölreichtum eine entwicklungshemmende Anreizstruktur schaffe. Aufgrund außergewöhnlich hoher Abgaben auf den Öllexport könne der Staat seine Einnahmen steigern, ohne zusätzliche Entwicklungsanstrengungen unternehmen zu müssen. Die Ölerträge stellten insofern eine Rente dar, das heißt ein nicht leistungsbezogenes Besitzeinkommen. Über ein System von Patronage-Netzwerken entstehe eine Gesellschaftsschicht, die von öffentlichen Aufträgen, Posten im Staatsdienst und sonstigen Begünstigungen unmittelbar von den Öleinnahmen des Staates profitiere und deren vorrangiges Ziel die Maximierung ihrer Renteneinkommen sei. Zum Wesen dieses Rentierstaates gehöre die Korruption.

Einen anderen Ansatz verfolgten Eifert/Gelb/Tallroth (2002). Sie sahen im Management der Öleinnahmen die wesentliche Herausforderung. Da der Ölpreis doppelt so stark schwanke wie die Preise anderer Rohstoffe und Preisschocks schwer vorauszusehen seien, gelte es mit unsicheren Einnahmen zu planen, Boom-Krisen-Zyklen zu vermeiden und vor allem genug für künftige Generationen zu sparen. Viele Ölstaaten hingegen schätzten in Hochpreisphasen ihre künftigen Einnahmen optimistischer ein, als es gerechtfertigt wäre, und weiteten ihre Ausgaben aus. Laufende Kosten häuften sich auf und könnten beim nächsten Preisrückgang nicht nachhaltig bedient werden, oft mit der Folge zunehmender Verschuldung. Allerdings

zeigten die Autoren am Beispiel Norwegens auf, wie es durch Ersparnisbildung während der Hochpreisphasen sowie durch eine konsequent antizyklische Fiskalpolitik möglich ist, sich gegen Ölpreiskrisen zu wappnen und ökonomisch nachhaltig mit dem Ölreichtum des Landes umzugehen.

Den Zusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und der Qualität der Institutionen untersuchten Isham/Woolcock/Pritchett/Busby (2005). In einer Analyse von 90 Entwicklungsländern im Zeitraum von 1974 bis 1997 legten sie dar, dass Industrieex-



*Eine Shell Öl-Niederlassung in der nigerianischen Deltaregion.*



Ölfeld in der Wüste von Bahrain.

AP Photo/picture-alliance

portländer bessere Governance-Indikatoren aufweisen als die Rohstoffexporteure. Der mit dem Ressourcenüberfluss verbundene Rentiereffekt unterminiert nach Auffassung der Autoren die Demokratie, verzögert die Modernisierung und erhöht die soziale Ungleichheit. Ein Staat, der es sich leisten könne, von der eigenen Bevölkerung kaum Steuern zu erheben, sei weniger rechenschaftspflichtig. Auf der einen Seite könne er durch Wohlfahrtsprogramme und Transferzahlungen die Bevölkerung zufrieden halten. Andererseits verfüge er aber auch über Mittel, um möglichen Widerstand mit Gewalt zu unterdrücken. An der Industrialisierung des Landes habe die Elite wenig Interesse, da die damit entstehende städtische Arbeiterschaft, die Mittelschicht und das private Unternehmertum die Basis des Rentierstaates untergraben würden.

Eine gute Übersicht über die Literatur zum Thema „Öl und Entwicklung“ sowie zur politischen Ökonomie des Öls im Mittleren und Nahen Osten (MENA) während der vergangenen 40 Jahre bot Auty (2012). In der Hochpreisphase von 1973 bis 1982 seien die hohen Extragewinne aus dem Ölexport in der MENA-Region

vor allem dem öffentlichen Sektor zugutegekommen, womit die herrschende Elite ihre Patronage-Netzwerke bediente und damit ihre politische Macht festigte, zugleich aber die Ineffizienz der staatlichen Verwaltung vertiefte. Die bevölkerungsreichen Ölländer (Algerien, Iran, Irak) verfolgten die Strategie einer staatlich gelenkten, import substituierenden Industrialisierung, wobei sie mit dem Aufbau von Petrochemie und Stahlproduktion die Ressource Öl in Wert zu setzen versuchten.

Als ab 1985 die Ölpreise zurückgingen, stellten die Ölländer zeitweise geplante Investitionen zurück und kürzten die großzügigen Sozialprogramme, was politisch aber viel schwieriger durchzusetzen gewesen sei. In der Annahme, dass der Preissturz nur von kurzer Dauer sei, gingen die Regierungen auch dazu über, ihre Währungsreserven abzubauen und sich zu verschulden, um ihre Haushaltsdefizite zu finanzieren. Die externe Verschuldung in der Region sei zwischen 1985 und 1996 um mehr als das Dreifache gestiegen. Allerdings blieben Lerneffekte nicht aus. In der Hochpreisphase ab 1999 bildeten die Länder höhere Ersparnisse und bauten ihren Schuldenstand

ab. Verschiedene Staaten schufen „Sovereign Wealth Funds“, in die nach dem Vorbild Norwegens ein hoher Teil der Extraprofite floss. Strukturelle Reformen, die den Weg von einer Rentenökonomie hin zu einer produktivitätsbasierten Entwicklung ebneten, hätten aber nicht stattgefunden.

Heilbrunn (2014) hingegen betonte die Chancen des Ölreichtums. In seinem lesenswerten Buch „Oil, Democracy and Development in Africa“ kam er zu dem Ergebnis, dass sich über die Jahrzehnte der Ölförderung in vielen Ländern ein subtiler ökonomischer Transformationsprozess beobachten ließ. Das Ölgeld, das ins Land gespült wurde, führte zu punktueller Kapitalakkumulation, die wiederum inländische Investitionen nach sich zog. Es entstand ein interner Markt für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Wohnungsbau und Konsumgüter sowie für eine Vielzahl von Produkten, die die Ölindustrie nachfrage. Um diese neuen ökonomischen Aktivitäten herum bildete sich eine Mittelschicht. Mit der Ölförderung und den dadurch ausgelösten wirtschaftlichen Aktivitäten sei es unumgänglich, Regelwerke zu schaffen, die ein störungsfreies Funktionieren der neuen Wirtschaftszweige gewährleisten. Damit sei eine institutionelle Entwicklung ausgelöst, die umso besser gelänge, je günstiger die historischen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern seien.

Angesichts verfügbarer Mittel gäben viele Regierungen mehr Geld für Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheitswesen aus, was wiederum neue wirtschaftliche Perspektiven für die Bevölkerung eröffne. Heilbrunn bestritt nicht die negativen Wirkungen des Ölbooms auf einzelne Länder Afrikas – wie etwa die Dutch Disease, Korruption oder die Befuerung bewaffneter Konflikte –, er kam aber in der Gesamtsicht zu dem Schluss, dass die Ölförderung ein dynamischer und offener Prozess ist, der ein Land in unterschiedliche Richtungen lenken kann.

Auch die IWF-Ökonomen Cavalcanti/Da Mata/Toscani (2016) bewerteten den Ölreichtum positiv. In einer Langzeitstudie verglichen sie die Entwicklung in Verwaltungsbezirken (Munizipien) in Brasilien mit und ohne Ölausbeutung über den Zeitraum von 1940 bis 2000. In diesen 60 Jahren wiesen die Öl-Munizipien ein um 25 Prozent höheres Pro-Kopf-Einkommen auf als die Kontrollgruppe. Das höhere Wirtschaftswachstum sei in erster Linie auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen. Die bessere Bezahlung der Ölarbeiter habe eine höhere Nachfrage nach Dienstleistungen geschaffen und damit die lokale Ökonomie belebt. Damit einhergegangen sei eine verstärkte Urbanisierung. Gleichwohl schlossen die Autoren nicht aus, dass gesamtwirtschaftliche Prozesse wie etwa die nominale Aufwertung der Währung die positiven Wirkungen auf die lokale Wirtschaft mindern können.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass geschlossene Theorien wie etwa die von Karl zu wenig die

historische Dimension, insbesondere die Langfristigkeit der Entwicklung, berücksichtigen. Ländervergleiche, wie sie Sachs/Warner durchgeführt haben, arbeiten mit hoch aggregierten Variablen, sodass es schwierig ist, die institutionellen Faktoren sowie die unterschiedlichen politischen Maßnahmen der jeweils herrschenden Elite angemessen zu erfassen. Vor allem ist kritisch zu hinterfragen, welche Länder miteinander verglichen werden. So ist es angesichts der unterschiedlichen Geschichte politischer Herrschaft nicht verwunderlich, wenn Industrieländer bessere Governance-Indikatoren aufzeigen als Rohstoffexportländer. Zur Erklärung der Wirkungen des Ölreichtums tragen diese Vergleiche wenig bei. Denn wie Peters (2014) aufzeigte, treffen viele negative Merkmale, die den Ölstaaten zugeschrieben werden – wie autoritäre Herrschaft, Patronage-Netzwerke und Korruption ebenso wie fiskalische Krisen –, auch auf Länder zu, die kein Erdöl fördern. Insofern hinterlässt die These des Ressourcenfluchs eine Erklärungslücke und bedarf einer genaueren Reflexion. Vor diesem Hintergrund leistet der Ansatz Heilbrunns, der die historischen Ausgangsvoraussetzungen der Ölförderstaaten in den Mittelpunkt seiner Analyse rückte, einen überzeugenden Beitrag zur Diskussion. Die historische Betrachtungsweise führt auch zu dem Ergebnis, dass sich gesellschaftliche Veränderungsprozesse subtil vollziehen und Zeit benötigen. Dies bestätigte auch die Langzeitstudie von Cavalcanti, Da Mata und Toscani.

Es scheint daher keinen Automatismus hin zum Scheitern oder Gedeihen der ressourcenreichen Länder zu geben. Vielmehr handelt es sich um einen ergebnisoffenen dynamischen Prozess, dessen Fortgang von einer Reihe vor allem historischer länderspezifischer Faktoren abhängt. ←

#### Literatur

- Sachs, J., Warner, A., 1997:** Natural resource abundance and economic growth. Cambridge.  
[http://www.cid.harvard.edu/ciddata/warner\\_files/natresf5.pdf](http://www.cid.harvard.edu/ciddata/warner_files/natresf5.pdf)
- Karl, T. L., 1997:** The paradox of plenty – oil booms and petro-states. London.
- Eifert, B., Gelb, A., Tallroth, N. B., 2002:** The political economy of fiscal policy and economic management in oil exporting countries. World Bank.  
<https://core.ac.uk/download/files/153/6645376.pdf>
- Isham, J., Woolcock, M., Pritchett, L., Busby, G., 2005:** The varieties of resource experience: Natural resource export structures and political economy of economic growth. World Bank.  
[http://econpapers.repec.org/article/oupwbecrv/v\\_3a19\\_3ay\\_3a2005\\_3ai\\_3a2\\_3ap\\_3a141-174.htm](http://econpapers.repec.org/article/oupwbecrv/v_3a19_3ay_3a2005_3ai_3a2_3ap_3a141-174.htm)
- Auty, R., 2012:** Oil and development in the Middle East.  
<https://brismes2012.files.wordpress.com/2012/02/richard-auty-oil-and-development-in-the-middle-east.pdf>
- Heilbrunn, J. R., 2014:** Oil, Democracy and Development in Africa. Cambridge.
- Peters, S., 2014:** Erdöl, Rente und Politik – Vom Ressourcenfluch zur Rentengesellschaft.  
[http://www.burchardt.uni-kassel.de/wp-content/uploads/2011/09/Peters\\_Erd%C3%B6l\\_Rente\\_Politik\\_August\\_14.pdf](http://www.burchardt.uni-kassel.de/wp-content/uploads/2011/09/Peters_Erd%C3%B6l_Rente_Politik_August_14.pdf)
- Cavalcanti, T., Da Mata, D., Toscani, F., 2016:** Winning the oil lottery: The impact of natural resource extraction on growth. IMF Working Paper.  
<https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2016/wp1661.pdf>



**Nassir Djafari**  
ist ehemaliger KfW-Ökonom  
und freier Autor.  
[nassir.djafari@gmx.de](mailto:nassir.djafari@gmx.de)

# Mehr Ökolandbau in Subsahara-Afrika

Es ist sehr schwer, ökologischen Landbau in Afrika zu etablieren, auch wenn er im Vergleich zum konventionellen Landbau viele Vorteile bietet. Ein Hauptproblem in regenärmeren Gebieten ist, ausreichend Biomasse für eine organische Bodenbewirtschaftung zu erzeugen. Daher ist es zwingend nötig, die Aufwertung degraderter Flächen mit spezifischen Fördermaßnahmen zu stützen.

Von Susanne Neubert

→ Die kleinbäuerliche Landwirtschaft Subsahara-Afrikas benötigt wesentlich höhere Flächenerträge, wenn sie ihre Existenz sichern und die anwachsende Bevölkerung in Zukunft ernähren möchte. Gleichzeitig benötigt sie auch eine höhere Rentabilität einhergehend mit einer höheren Resilienz gegenüber Klima- und Preisschocks (World Development Report 2008).

Bis heute sind konventionelle Betriebsmittel wie Hohertragssaatgut, Mineraldünger und Pestizide für afrikanische Kleinbauern nicht ausreichend verfügbar und häufig trotz Subventionen kaum bezahlbar. Außerdem ist ihr Einsatz aufgrund der hohen Klima- und Preisvariabilität und des oft nicht

ausreichenden Knowhows zudem mit ökonomischen, ökologischen und gesundheitlichen Risiken behaftet. Dies alles spricht für die stärkere Verwendung eigener, organischer Dünger wie Mist, Kompost, Mulch oder Gründüngung. Hinzu kommt, dass die Naturressourcen, insbesondere fruchtbare Böden, Wasservorkommen, aber auch die Biodiversität, Wald und Weidegründe, in Afrika so dramatisch abnehmen wie auf keinem anderen Kontinent. Ihre nachhaltige Bewirtschaftung oder ihre Rehabilitierung müssten daher neben einer ertragreicheren Landwirtschaft höchste Priorität haben.

Derzeit werden im entwicklungspolitischen Umfeld mehrere ökologisch nachhaltige landwirtschaftliche Managementsysteme diskutiert, die gleichzeitig auf

mehr Flächenertrag abzielen. Die wichtigsten sind:

- Sustainable Intensification (SI – ökologische oder nachhaltige Intensivierung),
- Conservation Agriculture (CA – konservierende Landwirtschaft) und
- Climate Smart Agriculture (CSA – klimaintelligente Landwirtschaft).

Während Sustainable Intensification (Garnett, Charles, Godfray 2012) nur unscharf mit „yields are increased without adverse environmental impact and without the cultivation of more land“ beschrieben wird, sind CSA und CA konkreter durch die Food and Agriculture Organization (FAO) definiert und stehen jeweils auf drei Säulen. CSA basiert auf:

- höherem Einkommen,
- Anpassung an den Klimawandel und
- Minderung von Treibhausgasen.

CA ist definiert über eine:

- minimale Bodenbearbeitung/Verzicht auf den Pflug,
- permanente Bodenbedeckung und
- Einhaltung einer Fruchtfolge.

Alle Methoden sind grundsätzlich global ausgerichtet, können aber regionenspezifisch angepasst werden. Übereinstimmend zielen alle ökologisch nachhaltigen Systeme für Kleinbauern auf die stärkere Verwendung lokaler Betriebsmittel und den Verzicht auf oder die sparsame Verwendung von High External Inputs, das heißt konventionelle oder chemisch-synthetische Betriebsmittel. Für alle Ansätze ist die Stärkung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit zentral, das heißt eine Anreicherung des Bodens mit organischer Substanz

(Humus) und damit auch die Festlegung von Kohlenstoff im Boden.

Effekt eines organischen Bodens ist unter anderem ein verbesserter Wasserhaushalt (bessere Infiltration und Speicherung), da die mineralischen Bestandteile des Bodens mit Hilfe der organischen Substanz Komplexe bilden, die Bodenerosion minimieren und Wasser speichern.

Die Unterschiede zwischen den Ansätzen liegen in der unterschiedlichen Betonung einzelner Elemente. Conservation Agriculture konzentriert sich auf den Bodenschutz, insbesondere das Unterlassen des Pflügens, während sich Climate Smart Agriculture auf rentable Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel konzentriert. In der Praxis ist dies oft das Gleiche. Dafür ist ein mit organischer Substanz angereicherter Boden die Voraussetzung, denn er erodiert weniger schnell und kann sowohl Starkregen als auch einen Mangel an Niederschlägen besser abfangen beziehungsweise abpuffern.

## Keine Zertifizierung

Bei allen genannten nachhaltigen Anbausystemen werden weder Anbaukontrollen noch Zertifizierungen der Produkte durchgeführt. Daher können Kleinbauern auch keine höheren Preise für die Produkte verlangen. Das macht aus Konsumentensicht Sinn, denn es soll kein Nischenmarkt für Reiche in Ländern geschaffen werden, in denen Hunger und Armut verbreitet ist.

Umgekehrt bedeutet die fehlende Zertifizierung, dass es für die kleinbäuerlichen Betriebe keine Preisanreize gibt, nachhaltige Anbauweisen umzusetzen. Sie müssen diese aus eigener Überzeugung, aus Wirtschaftlichkeitserwägungen oder im Rahmen von Entwicklungsprojekten verfolgen. Dabei besteht die strukturelle Gefahr, dass ein Teil der Anbauprinzipien in der Praxis nach und nach, zum Beispiel nach dem Auslaufen der Förderung, wieder weggelassen wird. Eine solche Verwässerung ist bei CA und CSA tatsächlich zu



Vnoucek/lineair

*Pflügen schadet den Böden: äthiopischer Bauer.*

beobachten und wird in der Öffentlichkeit auch kritisch diskutiert.

Im Unterschied dazu hat der ökologische Landbau (ÖL) als Einziger klare Richtlinien. Ursprünglich wichtigstes Ziel war die Produktion gesunder Lebensmittel. Der Natur- und Nachhaltigkeitsgedanke spielt inzwischen jedoch auch eine sehr wichtige Rolle. Hauptsächlich geht es dem Ökolandbau um die Schließung von Nährstoffkreisläufen, chemisch-synthetische Mineraldünger und Pestizide sind gänzlich verboten. Die Einhaltung der Anbaurichtlinien wird von Verbänden kontrolliert und durch die Zertifizierung können Preise realisiert werden, die deutlich über denen konventioneller Produkte liegen. Allerdings erzielt der ÖL in Europa durchschnittlich 20 Prozent geringere Erträge als der konventionelle Landbau. Der Ertragsunterschied rechtfertigt auch die höheren Preise.

Die Verbreitung des zertifizierten ökologischen Landbaus in Afrika ist bis heute sehr gering und liegt bei rund 0,1 Prozent (Hesse et al. 2009). Der ÖL ist dort zudem

fast ausschließlich auf Exportprodukte begrenzt, denn nur in diesem Rahmen können die Standards kontrolliert und die höheren Preise erhoben bzw. bezahlt werden.

Der ökologische Landbau in Afrika für den inländischen Markt wird auch ohne Zertifizierung diskutiert. Ein wichtiges Argument dafür ist, dass die Ertragsunterschiede zwischen konventionellem Landbau und ÖL in tropischen Ländern kleiner sind oder gar nicht existieren, je nachdem, wie die genauere Praxis ist. Manchmal erbringt der ÖL sogar höhere Erträge mit geringen Kosten (De Ponti 2012). Dies bedeutet, ÖL könnte rentabler für Kleinbauern sein als konventioneller Landbau und für die Produkte müssten auch keine höheren Preise angesetzt werden. Die Zertifizierung wäre vom Tisch.

Wenn dies so ist, warum wird ökologischer Landbau dann in der afrikanischen Praxis nicht sehr viel häufiger umgesetzt? Es stehen einige Hindernisse im Wege. Alle genannten nachhaltigen Landbausysteme beruhen im Kern auf dem Aufbau

der organischen Substanz im Boden. Im ÖL wird traditionell Tiermist einbezogen, in tierarmen Regionen konzentriert man sich auf die Gründüngung, das Mulchen, das Pflanzen von Bäumen oder die Kompostierung.

## ■ Geringe Niederschläge

Der Aufbau der organischen Substanz ist jedoch nicht so einfach, denn sie benötigt Niederschläge. Vor allem in Regionen mit einer einzigen, kürzeren Regenzeit, die in Afrika große Regionen betreffen, kann dies ein großes Problem darstellen. Im Gegensatz zu temperierten Zonen, wo die Niederschläge so verteilt sind, dass Zwischenkulturen eigens zum Unterpflügen angebaut werden können, ist dies in den afrikanischen Ackerbauregionen oft nicht möglich. Stattdessen müssen zeitlich parallel Mischkulturen angebaut werden, die dann oft mit der Hauptkultur konkurrieren. Eine weitere Strategie sind Baumpflanzungen. Hier fehlen oft geeignetes Saat- und Pflanzgut und Knowhow sowie Arbeitskapazitäten für die Bewirt-



Harte Feldarbeit in Ruanda.

schaftung der zusätzlichen Kulturarten. Außerdem sind die Investitionskosten recht hoch.

Auch Tierdung fällt in der Regel in viel zu geringen Mengen an. Typische Betriebe besitzen nur wenige Kleintiere und halten diese zumeist ohne Stall, so dass der Dung immer wieder gesammelt werden müsste. Zudem sind oft keine Transportmittel verfügbar, das heißt, der Dung müsste per Hand auf die Felder verbracht werden, was sehr aufwändig ist. Quantitativ relevanter wäre das Einbringen von Rinderdung. Rinder in relevanter Stückzahl werden jedoch nur von den Viehhirten gehalten. Diese leben aber meist in einer Konkurrenzbeziehung zu den Ackerbauern. Hier funktionierende Win-win-Systeme wieder zu etablieren, in denen Ackerbauer und Viehhirten vom Dung beziehungsweise den Pflanzenresten profitierten, wäre sinnvoll, ist aber aufgrund der politischen Situation in den meisten geeigneten Ländern derzeit schwierig.

Fazit ist, dass alle nachhaltigen Landbaumethoden sowohl mit als auch ohne Zertifizierung in Subsahara-Afrika schwierig umzusetzen sind. Es bedarf dafür oft eines Mehraufwands an Arbeitskraft, die eh knapp ist und es bedarf Inno-

vationen. Dazu ist Unterstützung auf mehreren Ebenen nötig:

- Etablierung einer geeigneten fördernden Agrarpolitik und kompetente Beratung,
- Forschung im Rahmen ökologisch nachhaltiger Anbausysteme für semi-aride kleinbäuerlich strukturierte Regionen,
- Kredite für Transportmittel zur Verbringung von Mist und Kompost,
- Geräte zur minimalen Bodenbearbeitung (als Ersatz für den Pflug) und zur Unkrautbekämpfung (unorthodoxerweise vielleicht sogar Herbizide) zur Arbeitserleichterung,
- Subventionen für den Kauf von geeignetem Saatgut für Unterkulturen und für geeignete Baumspezies sowie
- gezielte Subventionen (E-Voucher) für andere Hilfsmittel der Bodenverbesserung.

Besonders unter bereits degradierten Bodenbedingungen sind eine entsprechende Agrarpolitik und die externe Unterstützung Bedingung für eine breitenwirksame Übernahme der Techniken. Letztlich ist es dabei zweitrangig, wie strikt die Systeme übernommen werden. Denn es geht hier vor allem um eine unter den schwierigen Bedingungen machbare, ertragsreichere, nachhaltige sowie rentable Landwirtschaft.

## Literatur

- World Development Report, 2008:** Agriculture for development. Washington.  
[http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/WDR\\_00\\_book.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTWDR2008/Resources/WDR_00_book.pdf)
- Garnett, T. und Godfray, C., 2012:** Sustainable intensification in agriculture. Oxford, UK.  
[http://www.fcni.org.uk/sites/default/files/SL\\_report\\_final.pdf](http://www.fcni.org.uk/sites/default/files/SL_report_final.pdf)
- FAO:** Conservation agriculture (CA).  
<http://www.fao.org/ag/ca/>
- FAO, 2013:** Climate-Smart Agriculture (CSA).  
<http://www.fao.org/docrep/018/i3325e/i3325e.pdf>
- African Ecological Footprint Report:**  
<http://www.panda.org/lpr/africa2012>
- De Ponti, T., Rijk, B., van Ittersum, M., 2012:** The crop yield gap between organic and conventional agriculture.  
[http://ac.els-cdn.com/S0308521X1100182X/1-s2.0-S0308521X1100182X-main.pdf?\\_tid=d3c6cc1e-428c-11e6-8aca-00000aab0f02&acdnat=1467708509\\_79de3a3fe2a5856178594a64f0a8d284](http://ac.els-cdn.com/S0308521X1100182X/1-s2.0-S0308521X1100182X-main.pdf?_tid=d3c6cc1e-428c-11e6-8aca-00000aab0f02&acdnat=1467708509_79de3a3fe2a5856178594a64f0a8d284)
- Hesse, M., et al., 2009:** Ökologischer Landbau und fairer Handel in Entwicklungsländern. Witztenhausen.  
[http://www.weltagrabericht.de/fileadmin/files/weltagrabericht/87943\\_Studie%20Oekolandbau%20Fairer%20Handel%20und%20Entwicklung.pdf](http://www.weltagrabericht.de/fileadmin/files/weltagrabericht/87943_Studie%20Oekolandbau%20Fairer%20Handel%20und%20Entwicklung.pdf)

## Susanne Neubert



ist Agrarökonomin und Ökologin mit dem regionalen Schwerpunkt Afrika beim Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt Universität zu Berlin.  
[susanne.neubert@agrar.hu-berlin.de](mailto:susanne.neubert@agrar.hu-berlin.de)



# Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen. Wir informieren in unseren Tweets über unsere Beiträge und andere Dinge, die unser Produkt betreffen.



www.twitter.com/forumdc

Startseite Über uns

Tweets durchsuchen

Hast Du einen Account? Anmelden

**D+C**  
Development + Cooperation

TWEETS 8.590 FOLGEICHER 2.012 FOLLOWER 4.556 GEFÄLLT MIR 169 LISTEN 7

Folgen

Editorial office D+C  
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.  
Frankfurt, Germany  
dandc.eu  
Beigetreten Januar 2010

903 Fotos und Videos

Tweets Tweets & Antworten Medien

Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.  
**D+C** #Minister Gerd #Müller demands #fair rules for #sustainable #export industries ow.ly/7Nqi303z8za #fairtrade

Neu bei Twitter?  
Melde Dich jetzt an, um Deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten  
Registrieren

Vielleicht gefällt Dir auch  
Aktualisieren

- BMZ Bund @BMZ\_Bund
- Welthungerhilfe @Welthungerhilfe
- GIZ @giz\_gmbh
- Development Pros @QuantisGDP
- Tom Murphy @viewfromthecave

Trends



# Die Wurzeln der Familie

Rechtlich sind Männer und Frauen in vielen Ländern Afrikas heute gleichberechtigt. Doch Recht und Realität klaffen oft weit auseinander – und das gilt selbst in Südafrika, das in vieler Hinsicht Vorreiter und Vorbild ist.

Von Rita Schäfer

➔ 2015 war Halbzeit für die afrikanische Frauendekade. Die AU hatte sie am 15. Oktober 2010 in der kenianischen Hauptstadt Nairobi ausgerufen – nicht zufällig am internationalen Tag der Landfrauen. Schließlich versorgt ein Großteil der afrikanischen Frauen als Kleinbäuerinnen sowohl die eigene Familie als auch die weitere Bevölkerung – und das, obwohl sie vielerorts immer noch kein Land besitzen. Umso wichtiger ist das Motto der AU-Frauendekade: Graswurzelansätze zu Geschlechtergleichheit und Frauenempowerment.

Der African Gender Equality Index 2015 der African Development Bank misst dem Landbesitz und der ländlichen Infrastruktur große Bedeutung bei. Nur 15 Prozent des Landes in Afrika gehört Frauen.

Land sichert aber in wirtschaftlichen oder politischen Krisenzeiten die Existenz der Familie.

Einem Sinnspruch aus Simbabwe zufolge sind Frauen die Wurzeln der Familie. Allerdings sind ihre Möglichkeiten in dem krisengeschüttelten Land wegen des Machtmissbrauchs durch das herrschende Regime drastisch eingeschränkt. Die früheren antikolonialen Befreiungskämpferinnen müssen heute um US-Importmais in Form internationaler Nahrungsmittelhilfe betteln.

Manche Funktionäre zwingen Landbewohnerinnen zum Sex, bevor sie Hilfspakete erhalten. Dies zeigt die Kluft zwischen den Vorgaben der AU und der Realität in Simbabwe, dessen Langzeit-Präsident

Robert Mugabe erst kürzlich das Amt des AU-Vorsitzenden bekleidete. Die afrikanische Frauen-, Familien- und Genderforschung belegt seit Jahren: Das Private ist politisch. Der Sammelband: „Under Development: Gender“ bietet viele lesenswerte Beispiele dazu (Verschuur/Guérin/Buéat-Bernard 2014).

Mütter- und Kindersterblichkeit sowie HIV/Aids belasten Frauen und ihre Familien. Hinzu kommen Mangelernährung und unzureichende Gesundheitsversorgung. In etlichen Nachkriegsgesellschaften und mangelhaft ausgestatteten Flüchtlingslagern etwa in Uganda oder Kenia sind medizinische Versorgung und Nahrung sinnbildlich unerreichbar. Interessante Erkenntnisse solch menschenrechtsbasierter Forschung bietet das Team um Anne Bellows (Bellows/Valente et al. 2015).

Mehr als 12 Millionen HIV/Aids-Waisen müssen in Afrika versorgt werden. Die Lage wäre weit weniger dramatisch, wenn Schwangere in ausreichendem Maße anti-retrovirale Medikamente zur Vermeidung



Afrikanische Frauen arbeiten in der Landwirtschaft und versorgen die Familie.

von Mutter-Kind-Übertragungen erhalten hätten oder umfassende HIV-Präventionsprogramme auch für Männer durchgeführt worden wären. Das hätte aber hohe Investitionen und strikte Korruptionsbekämpfung bei der Nutzung internationaler HIV/Aids-Fonds vorausgesetzt. Welche Rolle die reproduktive Gesundheit von Männern auch politisch spielt, zeigen unter anderem Cornwall et al. und Freedman (Cornwall/Edström/Greig 2011; Freedman 2013).

Kampagnen hätten Männern klarmachen können: HIV ist kein Potenzbeweis, und Aids ist auch für sie tödlich. Erst allmählich setzt sich diese Erkenntnis durch. Vor allem in Ländern wie Malawi oder Südafrika, in denen religiöse oder politisch-ideologische Dogmen lange die Gesundheitspolitik prägten, gibt es hohe HIV-Raten. In etlichen Dörfern übernehmen Teenager Elternrollen und familiäre Verantwortung und versorgen teilweise auch noch gebrechliche Großeltern.

Besonders dramatisch war die Situation von Frauen und Kindern in den von Südafrikas Apartheidregime eingerichteten „Homelands“, landwirtschaftlich nutzlosen und infrastrukturell systematisch vernachlässigten Regionen. Mitte der 1980er Jahre war hier die Unter- und Mangelernährung von Kindern so hoch wie sonst nur in Kriegsländern. Gleichzeitig investierten auch damals schon etliche ausländische Unternehmen in Südafrika – ungeachtet der UN-Sanktionen, die Apartheid als Menschenrechtsverbrechen verurteilten.

Kein ausländisches und nur ein einziges südafrikanisches Unternehmen wurde bislang dafür zur Rechenschaft gezogen, dass Angestellte durch die Betriebstätigkeit, insbesondere in schlecht gesicherten Minen, schwer erkrankten oder starben und zahlreiche Männer arbeitsunfähig wurden. Ehefrauen und Töchter trugen die Last der Pflege und Versorgung. Viele Familien erhielten nicht einmal eine Kompensation für Arbeitsunfälle. Heute muss der Staat mit Invalidenrenten die verarmten Schwerkranken, die Witwen und ihre Familien versorgen.

Aktuelle familiäre Probleme haben historische und wirtschaftspolitische Gründe, wie südafrikanische Gender-Forscher unterstreichen (van den Berg 2015). Häusliche Gewalt sowie Teenager-Schwangerschaften lassen sich nicht allein durch Traumarbeit für Gewalt-

opfer bewältigen, notwendig sind umfassende präventive Maßnahmen. Gerade weil Südafrika nach 1994 Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltschutz zum Verfassungsauftrag erhoben hat, ist eine Auseinandersetzung mit den vorbildlichen Gesetzesgrundlagen und Ansätzen zur familiären Gewaltprävention aufschlussreich.

Das 2000 verabschiedete Gleichheitsgesetz und die Gleichstellungspolitik entsprechen internationalen Abkommen und Vereinbarungen der AU. Das traditionelle Recht wurde dem staatlichen untergeordnet, vor dem Gesetz sind alle Frauen heute gleichberechtigt. Das betrifft auch alle Ehefrauen, die nach traditionellem Recht verheiratet wurden.

Zwar gab es 2012 einen Vorstoß von neotraditionalistischen Kreisen in der Regierungspartei, diese Gleichheitsgrundlagen aufzuweichen, doch ein starkes Bündnis zivilgesellschaftlicher Gruppen verhinderte das Vorhaben. Nicht nur Millionen traditionell verheirateter Frauen, auch Homosexuelle fürchteten drastische Einschränkungen ihres Schutzes vor Diskriminierung und der 2006 errungenen Möglichkeit zur Eheschließung. Inzwischen versuchten Neotraditionalisten abermals, einen veränderten Gesetzesentwurf durchs Parlament zu bringen, und die Rechte traditionell verheirateter Frauen werden immer wieder missachtet, wie südafrikanische Juristinnen dokumentieren (Thipe 2013).

In ländlichen Gebieten haben es Frauen aufgrund von schlechter Infrastruktur besonders schwer, Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt vor Gericht zu bringen. Dabei sollten das Gesetz gegen häusliche Gewalt von 1998 und das Sexualstrafrecht von 2007 Täter zur Rechenschaft ziehen. Auch Schwangerschaftsabbrüche sind schwierig, wenngleich das Recht darauf seit 1996 besteht.

Ein Drittel aller Gebärenden in Südafrika sind Teenager, was Schwangerschaftskomplikationen nicht nur bei HIV-positiven Mädchen zur Folge hat. Ungefähr die Hälfte der Kinder wächst bei alleinerziehenden Müttern auf. Vielen jungen Männern, die nie einen sorgenden Vater erlebt haben, fällt die Übernahme ihrer sozialen Vaterrolle schwer.

Eine praxisrelevante südafrikanische Studie zeigt, dass sorgende Eltern zur

Gewaltreduzierung beitragen. Sie regeln Konflikte friedlicher, was die Gesundheit von Müttern und Kindern verbessere. Allerdings blieben Teilnehmer eines Programms zum Erlernen und zur Verbreitung der schützenden Elternrolle in ländlichen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut wegen der gleichen Probleme vom Kurs fern, die allgemein ihre schwierige Lebenslage kennzeichnen: mangelnde Infrastruktur, plötzliche Krankheitsfälle und Tagelöhnerjobs. Unter Bezug auf den nationalen Entwicklungsplan setzt das Forscherteam diese Probleme mit politischen Aufgaben zur Reduzierung von Armut und Ungleichheit in Beziehung, konkret mit Jobs, Einkommen und menschenwürdigem Wohnen (Wessels/Lester/Ward 2016).

## Literatur

- African Development Bank, 2015:** Empowering African women, Agenda for Action, Africa Gender Equality Index 2015. Addis Abeba: AfDB.  
<http://www.afdb.org>
- African Union, 2003:** Protocol to the African Charter on human and people's rights on the rights of women in Africa. Addis Abeba: African Union.
- Bellows, A., Valente, F. et al, 2016:** Gender, Nutrition, and the human right to adequate food. London: Routledge.
- Cornwall, A., Edström, J., Greig, A. (Hrg.), 2011:** Men and development, Politicizing masculinities. London: Zed Books.
- Freedman, J. (Hrg.), 2012:** Engaging men in the fight against gender violence. Case Studies from Africa. Houndmills: Palgrave/MacMillan.
- Thipe, T., 2013:** Defining boundaries: Gender and property rights in South Africa's traditional courts bill. In: *Laws*, 2, 4, 2013, S. 483-511.
- Van den Berg, W. (Hrg.), 2015:** State of Africa's fathers: A men care advocacy publication. Adapted from state of the world's fathers. Washington D.C.: Rutgers / Promundo et al.
- Verschuur, C., Guérin, I., Guétat-Bernard, H. (Hrg.), 2014:** Under development: Gender. Houndmills: Palgrave/MacMillan.
- Wessels, I., Lester, S., Ward, C., 2016:** Engagement in parenting programmes. ISS Policy Brief, 82. Pretoria: Institute of Security Studies.

## Links

- African Union:** Women, Gender and Development  
<http://au.int/en/wgd>
- Sonke Gender Justice Network:**  
<http://www.genderjustice.org.za/>

## Rita Schäfer



ist freiberufliche Wissenschaftlerin und Autorin.

[gendernafrika@web.de](mailto:gendernafrika@web.de)

Tribüne

# Schuldenkrise mit Ansage

Mosambiks jüngster Korruptionsskandal zeigt, wohin die exzessive Abhängigkeit von Rohstoffexporten führt. Noch ist Umkehr möglich.

Von Gina dos Reis und Jürgen Kaiser

➔ Die Reaktion von Christine Lagarde, der Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), war ungewöhnlich harsch. Als klar wurde, dass Mosambik drei halbstaatlichen Unternehmen Staatsgarantien in Höhe von zusammen 2,1 Milliarden Dollar gewährt hatte, lies sie alle Auszahlungen aus dem laufenden Programm einfrieren und sagte öffentlich, die Regierung verschleierte „ganz offensichtlich“ Korruption.

Das stimmt vermutlich. Wichtiger aber ist, dass eine aktuelle IWF-Analyse zeigt, wohin das Entwicklungsmodell der Ausbeutung natürlicher Ressourcen führt. Die Risiken sind in vielen rohstoffreichen Ländern ähnlich.

Nach Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft wurde Mosambik Schauplatz eines Stellvertreterkrieges, bei dem die FRELIMO-Regierung vom Ostblock und die RENAMO-Rebellen vom Westen und besonders dem Apartheidregime in Südafrika unterstützt wurden. Der Bürgerkrieg verursachte großes menschliches Leid und ließ die Staatsschulden anschwellen. Dank der internationalen Entschuldungsinitiativen HIPC (Heavily Indebted Poor Countries) und MDRI (Multilateral Debt Relief Initiative) wurde nach 2000 ein ökonomischer Neuanfang möglich.

Seither steigen allerdings die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung wieder an, zunächst langsam und dann immer schneller. Das hat zwei Gründe:

- Mosambiks Infrastruktur muss dringend ausgebaut werden.
- Die Zinssätze sind in Industrieländern extrem niedrig, so dass Kapital nach Afrika fließt.

Mosambik ist wegen riesiger Erdgasvorräte vor der Küste ein bevorzugtes Ziel der

Anleger. Dem „Basisszenario“ zufolge, das der IWF für das wahrscheinlichste hält, wird die Auslandsverschuldung Mosambiks bis 2019 von heute 106 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 126 Prozent steigen und 2020 sogar fast 190 Prozent des BIP erreichen. Dabei nehmen vor allem private Unternehmen, nicht der Staat, Kredite auf.

Wichtig ist auch, dass derzeit Direktinvestitionen in Höhe von 21 Prozent des BIP nach Mosambik fließen. Laut IWF-Schätzung wird diese Rate bis 2019 auf 65 Prozent steigen. Dadurch entstehen zwar keine Schulden, aber der Einfluss ausländischer Unternehmen im Rohstoffsektor wächst rasant.

Dieses Szenario ist düster. Mosambik wird 2020 noch immer ein Niedrigeinkommensland sein, aber seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland drohen griechisches Niveau zu erreichen. 36 Prozent der Exporteinnahmen würden in den Schuldendienst fließen. Mosambiks Volkswirtschaft wird dabei zu einem bloßen Anhängsel der Rohstoffwirtschaft reduziert, und diese wird – samt der nötigen Infrastruktur – zunehmend von internationalen Konzernen dominiert.

Der IWF rechnet mit hohen Wachstumsraten. Diese sollen von 2015 bis 2020 im Schnitt 7,2 Prozent betragen und von 2021 bis 2035 sogar elf Prozent. Damit es so kommt, müssten die Energiepreise auf dem Weltmarkt sehr schnell steigen, und die Landwirtschaft darf nicht unter Dürren leiden, was wegen des Klimawandels aber wahrscheinlicher wird. Vermutlich wird Mosambik eine gigantische Auslandsschuld bei stagnierender Wirtschaftsleistung tragen müssen.

Der IWF spielt die Risiken herunter und verweist darauf, dass der Staat keine Verantwortung für private Schulden trägt. Das stimmt, galt aber 2008 bis 2010 auch

für Irland und Spanien. Dort mussten sich die Regierungen dann heftig verschulden, um die Banken ihrer Länder zu retten. So etwas droht auch Mosambik. Es ist ein Warnzeichen, dass die frisch aufgedeckten „versteckten“ Schulden Mosambiks alle mit der Gasexploration vor der Küste zu tun haben.

Mosambiks junge Demokratie leidet zunehmend unter dem Ressourcenfluch. Finanzkräftige Privatinteressen unterminieren Amts- und Regierungsführung. Die fiskalische Kapazität des Staates spielt im Vergleich kaum noch eine Rolle, und Amtsträger wirken immer mehr wie Marionetten der Manager.

Noch ist die Demokratie in Mosambik zu retten. Kritische Bewegungen erkennen in der FRELIMO auch noch genug demokratische Substanz, um das zu fordern. Eine wichtige Frage ist allerdings,



Oliver Gerhardt/lineair

*Küstenfischer: Mosambik ist immer noch ein Land mit niedrigem Einkommen.*

ob auch die Gebergemeinschaft einsieht, dass das bisherige Entwicklungsmodell in die Schuldenfalle führt und nicht weiter unterstützt werden darf. ←

### Gina dos Reis



ist Koordinatorin von Grupo da Divida, einer zivilgesellschaftlichen Organisation in Mosambik.

[eufriginareis@yahoo.com.br](mailto:eufriginareis@yahoo.com.br)

### Jürgen Kaiser



ist Koordinator des deutschen Entschuldungs-bündnisses [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de).

[j.kaiser@erlassjahr.de](mailto:j.kaiser@erlassjahr.de)

# Schuld sind nicht nur Privatunis

Die Islamisten, die am 1. Juli in Dhaka 20 Geiseln getötet haben, kamen von elitären privaten Universitäten. Nun nimmt Bangladesch den privaten Bildungssektor ins Visier. Doch das Versagen staatlicher Schulen und Universitäten spielt eine ebenso große Rolle.

Von **M Niaz Asadullah**

➔ Sechs junge Extremisten stürmten ein Café in Dhaka und ermordeten 20 Geiseln, darunter mehrere Italiener und Japaner. Die Terroristen selbst wurden von Sicherheitskräften getötet. Auch zwei weitere Menschen starben.

Die internationale Terrororganisation ISIS übernahm die Verantwortung für den Anschlag. Doch nach Angaben der Regierung spielt sie in Bangladesch keine große Rolle. Das Problem seien vielmehr lokale Extremisten. Regierungsvertreter wiesen außerdem darauf hin, dass die Angreifer eine elitären private Bildung genossen hatten, und forderten, gegen entsprechende Einrichtungen vorzugehen. Die Jugendorganisation der regierenden Awami-Liga kündigte an, Komitees an allen Privatunis zu gründen und dort „Militanz zu bekämpfen“.

Zum Teil ist der Fokus auf private Bildung richtig. Dass junge Männer aus privilegierten Familien, die sich Schulen und Universitäten leisten können, die nach internationalen Standards auf Englisch unterrichten, zu Extremisten werden, gibt zu denken. Auch andere extremistische Gewalttäter kamen aus dieser sozialen Schicht, beispielsweise die Mörder des Bloggers Ahmed Rajib Haider im Februar 2013. In der jungen Elite scheint ein Gefühl der Entfremdung verbreitet zu sein. Andererseits waren einige ihrer bangladeschischen Opfer ebenfalls auf Privatunis. Das zeigt die tiefe Spaltung der Gesellschaft.

Es ist wichtig, nicht nur den privaten Bildungssektor ins Visier zu nehmen. Dass er so schnell wachsen konnte, liegt an der schlechten Qualität der staatlichen Ausbildung. Obwohl die staatlichen Universitäten in Bangladesch stark subventioniert werden, gehört keine von ihnen zu den besten hundert Universitäten Asiens. Studenten lernen vor allem auswendig,

und ihr Erfolg hängt mehr von privater Nachhilfe ab als von regelmäßigen Vorlesungen.

Korruption ist an staatlichen Universitäten weit verbreitet. Stipendien werden politisch untergraben, wobei die Jugend-



AP Photo/picture-alliance

*Der Sarg eines der italienischen Opfer der Geiselnahme im Juli in Rom.*

organisation der Awami-Liga eine besonders destruktive Rolle spielt. Ihre Anführer machen mit Mord, Erpressung, Brandstiftung, sexuellen Vergehen und anderen Verbrechen von sich reden. Ihr Plan, für Sicherheit auf privaten Campus zu sorgen, klingt daher bedrohlich.

Nicht nur die Universitäten sind miserabel, sondern auch die Schulen, wie ich in einem Aufsatz mit Nazmul Chaudhury (2015) beschrieben habe. Millionen junger Menschen besuchen die Schule, ohne zu lernen. Dass sie nicht kritisch denken können, macht sie anfällig für radikales und extremistisches Gedankengut.

Trotz vieler Unzulänglichkeiten haben englische Mittelschulen das öffentliche Bildungssystem jahrzehntelang ergänzt. Sie sollten nun nicht als Bedrohung der Sicherheit diffamiert werden – die Spaltung der Gesellschaft würde nur noch größer.

Stattdessen muss die Regierung die Qualität ihrer eigenen Schulen anheben. Außerdem muss sie die Regierungsführung im Allgemeinen verbessern und Rechtsstaatlichkeit herstellen. Die Gesetzgeber halten sich oft selbst nicht an die Gesetze. Wo die Regierungsführung schlecht ist und es keine öffentliche Rechenschaftspflicht gibt, gedeiht Extremismus besonders gut.

Private Bildung ist sicherlich nicht das Hauptproblem. Dennoch muss man klären, welchen Anteil an der Radikalisierung der Jugend sie hat. Einige Experten und Verfechter des freien Marktes

befürworten private Bildung generell. Der Economist aus London schreibt zum Beispiel, der Privatsektor fülle die Lücke, wenn Staaten jungen Menschen keine gute Bildung böten. Vor dem Hintergrund des Anschlags von Dhaka ist es fraglich, ob die Wirkungen tatsächlich durchweg positiv sind. Noch bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, dass der Ansatz zu teuer ist, um Millionen junger Bangladescher die Bildung zukommen zu lassen, die sie verdienen. ←

### Literatur

Asadullah, M. N., und Chaudhury, N., 2015: The dissonance between schooling and learning. In: Comparative Education Review. Vol. 59(3), pages 447-472.

### M Niaz Asadullah



ist Professor für Entwicklungsökonomie und stellvertretender Direktor des Zentrums für Armuts- und Entwicklungsstudien an der Universität Malaya.  
m.niaz@um.edu.my

# Globales Handeln erforderlich

Umweltverbrechen zerstören unseren Planeten, unterminieren Frieden und bringen unser Leben in Gefahr. Wir müssen handeln.

Von Erik Solheim

➔ Bei Umweltverbrechen denken wir an skrupellose Firmen, die ihre Giftabfälle in Flüsse entleeren oder wir denken an abgeholzte Regenwälder. Oder wir stellen uns das grausige Bild nach einer Elefantenwilderei vor, die Kettensägen, mit denen die Stoßzähne entfernt wurden, noch voller Blut.

Die meisten würden sich darunter keinen lang anhaltenden Bürgerkrieg, eine terroristische Attacke oder internationale Mafiabanden vorstellen. Aber dies sind ebenso Folgen von Umweltverbrechen. Sie zerstören nicht nur unsere Erde, sondern unsere Leben und unseren Frieden. Und sie nehmen in großem Ausmaß zu.

Eine aktuelle Studie des UN Environment Programme und Interpol stellte fest, dass sich Umweltverbrechen aktuell auf einen Wert von bis zu 258 Milliarden Dollar belaufen. Das übertrifft die geschätzte Summe von 2014 um 26 Prozent. Ökoverbrechen sind die viertgrößte kriminelle Sparte der Welt nach Drogenhandel, Fälschung und Menschen-smuggel.

Umweltverbrechen beeinträchtigen die Natur und die menschliche Gesundheit. Jedes Jahr kippen Minenarbeiter im Amazonasgebiet 30 Tonnen Quecksilber in die Flüsse und Seen der Region. Ärzte haben noch 400 Kilometer stromabwärts der betreffenden Gebiete Gehirnschäden von Quecksilbervergiftungen festgestellt. Holzfäller schlagen Bäume illegal und verschlechtern so die Qualität von Wasser und Luft.

Umweltverbrechen bedrohen auch die weltweite Sicherheit. In Kolumbien haben die enormen Erträge aus illegaler Minenausbeutung die FARC-Rebellen finanziert, während Al-Shabaab in Somalia vom illegalen Handel mit Holzkohle profitierte. Sogar die derzeit berüchtigtste Terrorgruppe ISIS finanziert sich durch den Handel mit Naturressourcen.

Umweltverbrechen verursachen zudem einen Verlust von Staatseinnahmen von neun bis 26 Milliarden Dollar jährlich – eine Summe 10 000 Mal größer als die, die zur Bekämpfung dieser Verbrechen eingesetzt wird. Dieses Geld könnte zur Finanzierung von Bildung, Infrastruktur und Richtlinien eingesetzt werden, die Gewalttaten und die Zerstörung von Ökosystemen verhindern.

Wie können wir den Teufelskreis durchbrechen? Wir arbeiten bereits in diese Richtung und verzeichnen einige Erfolge. Bei aktuellen Interpol-Einsätzen wurden Hunderte von Kriminellen gefasst und illegal gehandelte Umweltprodukte konfisziert, die Hunderte Millionen Dollar wert sind. UN Environment Programme und seine Partner arbeiten mit vielen



Brennende Ölfelder in der Nähe von Kirkuk, Irak, im Mai 2016.

Ländern zusammen, um den Strafvollzug zu stärken, illegalen Holzschlag durch Satellitensysteme aufzuspüren und alternative Einkommensquellen für Wilderer zu schaffen. Wir haben außerdem eine große Kampagne am Laufen, Wild for Life, wo Zehntausende von Menschen – vom Minister bis zu Wirtschaftsleuten und normalen Bürgern – geschworen haben, sich dafür einzusetzen, den illegalen Handel mit Wildprodukten zu beenden.

Aber der Berg scheint zu wachsen, während wir versuchen, ihn zu besteigen. Wir brauchen einen kohärenteren Ansatz.

Der erste Schritt ist, dass wir anerkennen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen illegalem Raubbau sowie Umweltschädigung und der Ausbreitung globaler Unsicherheit gibt. Wir können das erste Problem angehen, indem wir versuchen, das letztere zu beseitigen.

Um die Umweltproblematik anzugehen, sollten die entsprechenden Gesetze auf allen Ebenen verstärkt werden. Das bedeutet unter anderem, Steueroasen im Ausland auszutrocknen, die dazu genutzt werden, Gewinne aus Umweltverbrechen zu waschen. Außerdem sollten Delinquenten mit abschreckenden Strafen und erheblichen Sanktionen belegt werden.

Umweltverbrechen betreffen zahlreiche nationale Interessen, also müssen Regierungen sich besser koordinieren, um sie effektiv zu bekämpfen. Das Beispiel einer einzigen Befehl- und Kontrollbehörde in Brasilien zur Bekämpfung der Abholzung des Amazonas zeigt, wie erfolgreich politischer Handlungswille sein kann. Die Entwaldung hat seitdem um 76 Prozent abgenommen. Diese Kooperation sollte sich international ausweiten, angesichts der globalen Reichweite des Problems.

Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) hat auch einen Einfluss. Indem ihr Anteil an staatlichen und juristischen Reformen erhöht wird, können wir auch helfen, Umweltverbrechen zu bekämpfen und zu verhindern.

Zuletzt müssen wir die Nachfrage für Produkte, die aus diesen Verbrechen stammen, beseitigen. Zu oft gibt es nur wenig allgemeine Kenntnis über diese Themen. Wir wissen, dass Umweltverbrechen letztendlich jeden betreffen. Es wird nur aufhören, wenn wir alle dabei mithelfen. ←

### Link

UNEP und Interpol, 2016: The rise of environmental crime  
[http://unep.org/documents/itw/environmental\\_crimes.pdf](http://unep.org/documents/itw/environmental_crimes.pdf)

### Erik Solheim



Ist Exekutivdirektor des UN Environment Programme (UNEP).

<http://www.unep.org>

# Nashorn-Geiseln

Südafrika möchte sich stärker im Naturschutz engagieren. Ohne die Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung können die Ziele nicht erreicht werden.

Von Julia Bayer

➔ Bis zum Jahr 2020 will die südafrikanische Regierung 17 Prozent des Staatsgebiets unter Naturschutz stellen. 2012 lag der Anteil noch nicht einmal bei sieben Prozent. Um die Schutzgebiete zu vergrößern und den Umweltschutz effektiver zu gestalten, sollten die Verantwortlichen ihre Strategien überdenken. Lokale Bevölkerungsgruppen, die in der Nähe von Schutzgebieten leben, müssen stärker in den Naturschutz miteinbezogen werden.



Nashörner im Krüger-Nationalpark.

Das Konzept des Community Based Resource Management entstand schon in den 80er Jahren. Durch Einbeziehung örtlicher Gemeinschaften und das Schaffen wirtschaftlicher Vorteile sollten Anreize zum Schutz der Gebiete geschaffen werden. Die Ergebnisse sind in der Praxis bisher jedoch überwiegend enttäuschend. Die lokalen Bevölkerungsgruppen haben bisher nicht sonderlich vom Naturschutz profitiert, und die Begeisterung für den Naturschutz ist gering.

David Mabunda, der bis vor kurzem Direktor der südafrikanischen Nationalparks war, sprach 2015 von „fehlender gemeinschaftlicher Verantwortung“. Seine Schlussfolgerung war: „Wir müssen den Fokus auf die Erschaffung nachhaltiger Lebensweisen richten, nicht nur auf Schutz und Erhalt der Natur.“ Tatsächlich fühlt sich die lokale Bevölkerung oft wie Geiseln der zu schützenden Nashörner.

Arm und marginalisiert, beteiligen sich einige Anwohner von Nationalparks an Wilderei. Sie kämpfen ums Überleben und suchen Einnahmequellen. Dafür bietet das klassische Nationalpark-Konzept bisher keine breitenwirksame Lösung.

Zwar wird unter Naturschützern viel über die Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung geredet, aber die Umsetzung erfolgt nur schleppend. Die tägliche Lebensrealität der Menschen wird bislang

kaum berücksichtigt. Wie fühle ich mich, wenn ein Nashorn oder ein Elefant vor meinem Haus ausgesetzt wird? Wenn die Tiere auf meinem Feld auf Nahrungssuche gehen und das Getreide zerstören, von dem meine Familie lebt? Würde ich in so einer Situation die Tiere einfach verjagen – oder sie lieber gleich töten?

Um die Situation zu verbessern, müssen Naturschützer und Politiker auf folgende fünf Aspekte besonders achten:

- Die örtliche Bevölkerung muss auch in der Praxis profitieren, nicht nur in der Theorie. Andernfalls fühlen sich die lokale Gemeinschaften, deren Unterstützung entscheidend für erfolgreichen Naturschutz ist, als „Forschungsobjekte“ missbraucht und ausgebeutet. Sie empfinden Naturschutz dann nur als Belastung.
- Die Zusammenarbeit mit Anwohnern erfordert die Akzeptanz ihrer traditio-

nellen Strukturen und stark ausgeprägten familiären Bindungen. Anstatt zu verallgemeinern und abstrakt über „die Gemeinschaft“ zu sprechen, sollte das persönliche Gespräch mit Individuen gesucht werden.

- Bevor Pläne für Naturschutzgebiete erstellt werden, müssen die komplexen kulturellen Hintergründe betrachtet werden. Die sozialen Normen, die Geschichte und die politische Situation spielen ebenso eine Rolle wie die Meinungen der Menschen, die sich im Laufe der Zeit verändern.
- Anstatt das Rad neu zu erfinden und ständig neue Naturschutzkonzepte zu entwickeln, sollten bereits bestehenden Ansätze evaluiert werden, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Gleichzeitig sollten lokales Wissen und bereits bestehende Lebensweisen und Strategien als wesentliche Grundbestandteile in die Konzepte integriert werden.
- Behörden und zivilgesellschaftliche Naturschutzorganisationen müssen zu Partnern der lokalen Bevölkerung werden. Je besser die Dorfbewohner informiert und für ein Projekt begeistert werden, desto besser wird die Zusammenarbeit gelingen.

Um eine dauerhafte Partnerschaft zu etablieren, benötigen Naturschützer interkulturelle Beratung und Unterstützung. Das Reden über die Einbeziehung der Menschen muss in konkretes Handeln umgesetzt werden. Der Schlüssel dazu sind eine bessere Kommunikation und ein gegenseitiges Verständnis.

Vertrauensbildung braucht Zeit, und die Zeit ist knapp, weil viele Arten bereits vom Aussterben bedroht sind. Die Einstellung gegenüber der lokalen Bevölkerung muss sich schnell ändern. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

Julia Bayer

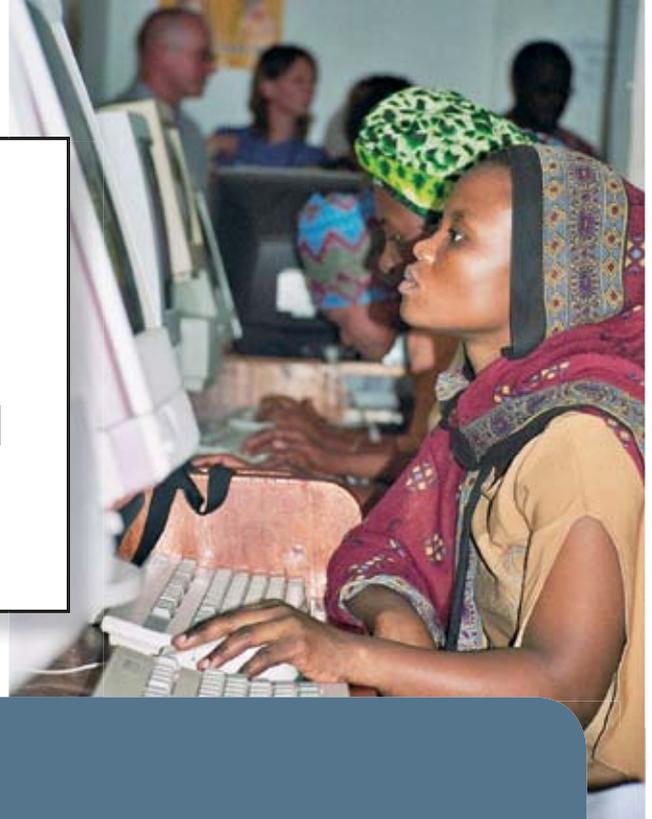


ist eine deutsche Forscherin und auf Community Based Natural Resource Management (CBNRM) spezialisiert.

[juliabayer10@gmail.com](mailto:juliabayer10@gmail.com)

Debatte

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.EundZ.eu](http://www.EundZ.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

IBEL Sommer-Special

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

PROSTITUTION

“The worst is yet to come”



Aktuelle Blog-Beiträge

- How Europe can benefit from Asia's rise
- EU needs coherent approach to African development

Folgen Sie uns